

APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

17–18/2006 · 24. April 2006



Krisenjahr 1956

Wolfgang Leonhard

Die bedeutsamste Rede des Kommunismus

Ralph Giordano

Die Internationale der Einäugigen

Mark Kramer

Entstalinisierung und die Krisen im Ostblock

János Tischler

Warschau–Budapest 1956

Andreas Malycha

Reformdebatten in der DDR

Ulrich Pfeil

Die Suezkrise

Editorial

Zum Abschluss des XX. Parteitages im Februar 1956 rechnete der Erste Sekretär der KPdSU, Nikita Chruschtschow, mit den Verbrechen Josef Stalins ab. Seine „Geheimrede“ war ein Schock für die kommunistische Welt. Überall im Ostblock erodierte die uneingeschränkte Macht der stalinistisch geprägten Staatsparteien. Rufe nach Meinungs- und Pressefreiheit wurden laut. Auch in der SED kam es zu heftigen Reformdebatten. Der Volksaufstand in der DDR vom 17. Juni 1953, in dessen Verlauf erst das Eingreifen der Sowjetarmee die SED-Herrschaft gesichert hatte, lag nur drei Jahre zurück.

Die Zeit „kollektiver Führung“ im Kreml nach Stalins Tod im Frühjahr 1953 ging zu Ende. Welche Ziele verfolgte Chruschtschow mit der Entstalinisierung „von oben“? Im Mittelpunkt stand die Stärkung der Rolle der Partei und die Sicherung der eigenen Macht. Rasch wurde deutlich, dass die eingeleitete Liberalisierung enge Grenzen haben würde. Polen entging nur knapp einer Militärintervention. Die Revolution in Ungarn wurde im Herbst von sowjetischen Truppen blutig beendet.

Im Schatten der Turbulenzen im Ostblock leisteten sich Frankreich und Großbritannien mit dem Angriff auf Ägypten ein spätes imperialistisches Abenteuer am Suezkanal. Die anschließende diplomatische Demütigung im Krisenjahr 1956 führte den ehemaligen Kolonialmächten vor Augen, dass im Zeitalter der Blockkonfrontation kein Raum mehr für eigene weltpolitische Ambitionen blieb. London wandte sich fortan dem engen Bündnis mit Washington zu, während Paris auf europäische Integration unter seiner Führung setzte und sich aus der militärischen Struktur der NATO löste.

Hans-Georg Golz

Wolfgang Leonhard

Die bedeutsamste Rede des Kommunismus

Essay

Im März 1949, nach zehn Jahren Sowjetunion und vier Jahren Tätigkeit als zentraler Funktionär der SED und Lehrer an der Parteihochschule Karl Marx in Kleinmachnow, bin ich über Prag nach Jugoslawien geflohen. Im November 1950 kam ich von Jugoslawien in den Westen. Ich habe mich aber

Wolfgang Leonhard
geb. 1921; Schriftsteller, Publizist, Historiker; Professor of History an der Yale Universität (1966–1987); Abrechnung mit dem Stalinismus mit dem Buch „Die Revolution entlässt ihre Kinder“ (1955);
Kirchstraße 24,
54531 Manderscheid.
buero@wolfgang-leonhard.de

weiterhin nur mit dem Osten befasst. Und ich wurde immer kritischer. Schon seit 1937, als ich die Massenverhaftungen in Moskau erlebte, suchte ich nach Alternativen. Aber nicht nach Alternativen im Westen, sondern nach Alternativen im Rahmen des Kommunismus. Wie kann man das Ganze anders machen, besser, demokratischer und humaner?

Nun, im Westen, las ich fast ständig Bücher über die Sowjetunion. Damals war es etwa so: 95 Prozent totale Verurteilung ohne Wenn und Aber; fünf Prozent, in denen alles verherrlicht wurde. Ich hatte mir zum Ziel gesetzt, so ehrlich wie möglich und vor allem so differenziert wie möglich die Realität zu schildern. Ich wollte erklären, warum so viele Menschen in der Sowjetunion dafür waren und wieso es so lange dauert, ehe man sich von der stalinistischen Ideologie lösen kann. Es war mir aber auch wichtig, meine Lebenserfahrungen nicht ohne die politischen Zusammenhänge darzustellen. Viele Bücher über die Sowjetunion waren mir in einer zu abstrakten Politikwissenschaft gehalten. Die anderen waren subjektiv, aber ohne Bezugnahme auf die Ereignisse.

Ich war schon fünf Jahre im Westen, als 1955 mein Buch „Die Revolution entlässt ihre Kinder“ erschien. Es war eines der wenigen Bücher seiner Zeit, in dem der Leser objektiv und sachlich die Widersprüche erkennen konnte und nicht nur eine Totalverurteilung oder eine Totalverherrlichung. Die Herausgabe des Buches fiel in die Zeit der Vorbereitung des XX. Parteitags der KPdSU, der am 14. Februar 1956 begann. Meine Gedanken kreisten um die Frage, was auf diesem Parteitag geschehen werde. Damals begann für mich, hier im Westen, der Tag mit der Lektüre zweier Zeitungen, nämlich der sowjetischen Parteizeitung „Prawda“ und des SED-Organs „Neues Deutschland“. Beide hatte ich seit Anfang 1952 abonniert. Anfangs waren sie inhaltlich identisch – bis zum 5. März 1953, dem Todestag von Stalin. Dann änderte sich das Bild: Im „Neuen Deutschland“ fand eine totale Verherrlichung von Stalin statt, in der „Prawda“ aber nicht. Der Name Stalins verschwand ganz schnell aus der Zeitung. Ich unterstrich alle kritischen Passagen, die damals in der „Prawda“ über Stalin zu finden waren. Danach las ich das „Neue Deutschland“, aber die Hälfte der von mir begeistert angestrichenen Stellen gab es in der SED-Zeitung überhaupt nicht. Es gab einen unglaublichen Widerspruch in der Berichterstattung; diese Tatsache war für mich das Interessanteste.

So ahnte ich, dass man beim XX. Parteitag mit einer großen Abkehr von Stalin würde rechnen müssen. Bereits mein erster Artikel in der Bundesrepublik Deutschland, am 28. Mai 1953, zwei Monate nach Stalins Tod, trug die Überschrift „Stalin ist abgemeldet!“ Es wurde – mit geringer Einschränkung – weder im Westen noch im Osten erkannt, was sich damals in Moskau abspielte. Auch die SED-Führung hatte gar nicht mitbekommen, was das für den bevorstehenden sowjetischen Parteitag bedeutete. Im Dezember 1954 – ich arbeitete damals für die Zeitschrift „SBZ-Archiv“, das spätere „Deutschland Archiv“ – sagte ich voraus, man werde vom Parteitag er-

Dieser Essay und der folgende von Ralph Giordano beruhen auf den Ausführungen der beiden Autoren bei der Veranstaltung „Die SED, ihr MfS und das Krisenjahr 1956“ am 15. 1. 2006 im Deutschen Historischen Museum in Berlin. Das Zeitzeugengespräch moderierte Ulrich Mählert von der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Das vollständige Protokoll des Gesprächs erscheint Ende Mai im „Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2006“.

warten, dass sich die sowjetische Führung unter Chruschtschow offen von Stalin lossagen und ihn aufs Schärfste kritisieren werde. Bis dahin hatte sie sich von Stalin lediglich entfernt, ohne ihn direkt anzugreifen. Jetzt werde mit dem Angriff und mit der Distanzierung der entscheidende Schritt erfolgen.

Dann erlebten wir die Eröffnung des XX. Parteitags am 14. Februar 1956 und sahen: Es gab keine Stalin-Bilder mehr. Auf einem sowjetischen Parteitag keine Stalin-Bilder – das war schon atemberaubend! Chruschtschow hatte Stalin als Person überhaupt nicht erwähnt. Lediglich ein Hinweis auf drei mittlerweile verstorbene führende Genossen: Tokuda in Japan, irgendjemand anderes und eben Stalin. Mehr nicht. Da wusste man sofort, wie die Entwicklung weitergehen würde. Meist reden alle immer nur von Chruschtschows „Geheimrede“ vom 25. Februar, aber die offiziellen Verlautbarungen vom Parteitag, also die offiziellen Reden vom 14. bis zu jenem 25. Februar, sagten bereits sehr viel aus. Mit dem Geheimreferat war dann die Spitze erreicht.

Die Hoffnung von uns geflohenen, kritischen ehemaligen SED-Leuten war groß, dass Chruschtschow mit seiner Rede, mit der Entstalinisierung, mit der Loslösung von Stalin wichtige Prozesse in Gang setzt, die die sowjetische Realität verändern werden. Meine Freunde und ich trafen uns damals häufig in dem kleinen Ort Kasbach bei Linz am Rhein. Professor Löwenthal von der FU Berlin fragte dort einmal Inge, die Frau von Gerhard Zwerenz: „Seit wann seid ihr verheiratet?“ Triumphierend sagte Inge: „Drei Wochen nach dem XX. Parteitag.“ Das war die Welt, in der wir lebten.

Wir hofften, und diese Hoffnung war nicht vollkommen unbegründet, denn Chruschtschow ist ja einiges gelungen. Ich schätze seine Rede vom 25. Februar 1956 nicht als halbherzige Offenbarung ein, sondern als bedeutsamste Rede in der Geschichte des Kommunismus. Natürlich gab es auch Einseitigkeiten. Aber sie war, bei allen Mängeln, so weitgehend wie keine andere Auseinandersetzung mit der sowjetischen Vergangenheit – weder vor noch nach dieser Rede. Seitdem sind 50 Jahre vergangen. Inzwischen gibt es keinen sowjetischen Kommunismus mehr, aber im heutigen Russland kann man eine sol-

che Rede nicht mehr verbreiten. Das ist vollkommen ausgeschlossen. In den vergangenen 50 Jahren ist nichts Wichtigeres geschehen in der Aufarbeitung. Der XX. Parteitag hat damals innerhalb der Marxisten, der langjährigen Kommunisten und Ex-Kommunisten total entgegengesetzte Reaktionen ausgelöst. Wir haben uns unbändig gefreut. Es war eine große Hoffnung. Ich kenne aber auch andere, die waren entsetzt und hielten Chruschtschow für einen Verräter.

Chruschtschow war ursprünglich ein eiserner Stalinist. Ich werde den 30. Januar 1937 in der Sowjetunion nie vergessen. Ich war damals fast 16 Jahre alt. Chruschtschow sprach auf dem Roten Platz, und an diesem Tag war ich dort. Er schrie: „Diese nichtsnutzigen Verbrecher, die erhoben ihre Hand gegen unseren Genossen Stalin, unseren Führer.“ Ich war damals schon kritisch. Die Säuberung war bereits im Gange und meine Mutter schon ein halbes Jahr in Workuta, als ich das hören musste. Ich merkte: Der ist absolut überzeugt. Chruschtschow war damals ein absolut überzeugter stalinistischer Kommunist. Erst als er in die Spitze und ins Politbüro kam und gegen Ende der vierziger Jahre in die Umgebung Stalins aufrückte, erkannte er plötzlich die wirkliche Situation in der Sowjetführung. Und erst später wurde er dann kritisch und oppositionell. Das ging so weit, dass er nach Stalins Tod seine große Hoffnung zu verwirklichen suchte: Man muss den Stalin'schen Abschaum beseitigen, man muss die ursprüngliche kommunistische Reinheit wiederherstellen. Man muss selbst alles offen aussprechen. Und indem man es offen ausspricht, wird die kommunistische Bewegung wieder stärker und überzeugender. Dann wird es einen Aufschwung geben. Der Kommunismus ohne diese Stalin-Verbrechen, das wird unsere Hoffnung sein. Aber da hatte er sich verrechnet.

Später erfuhren wir: Es gab nach Chruschtschows Rede keinen Beifall. Alle Teilnehmer an jenem 25. Februar 1956 waren entsetzt. Wahrscheinlich hat Chruschtschow bereits in diesem Moment gemerkt: Das schaffen wir nicht. Stalin war inzwischen schon so untrennbar mit allem verbunden, dass nur eine Minderheit bereit war, den Versuch zu wagen, den Kommunismus von den Verbrechen zu befreien. Es hat sich ja später gezeigt, dass es ein unglaublicher Kampf war, der sich in der Sowjetunion abspielte. Die Anhänger

Chruschtschows waren in der Minderheit. Es war die Minderheit, die einen entsetzlich schweren Kampf führte. Aber bei aller Einseitigkeit, die es da manchmal auch bei Chruschtschow gab, bei allen Mängeln und Unzulänglichkeiten: Das Chruschtschow'sche Geheimreferat hat eine viel größere Bedeutung in der sowjetischen Geschichte, als es heute sogar von Nichtkommunisten und den Putin-Leuten zugestanden wird.

Heute kommt es darauf an, die zweifache – im Einzelnen unterschiedliche – Diktaturerfahrung genau aufzuarbeiten. Ich war in der Kominternschule, wo wir den Nationalsozialismus so genau durchnahmen, dass ich nach 1945 keinen Nazi fand, der auch nur die Hälfte dessen wusste, was wir dort gelernt hatten. Ich habe da womöglich ein Patentrezept, denn bisher ist es das Schlimme: Entweder gibt es zwei Sätze auf einer Talkshow oder es gibt 500 Seiten in einem Buch. Mein Traum wären Erklärungen über entscheidende Aspekte der Diktatur auf 30 Seiten. Auf 30 Seiten kann man alles Wichtige über einzelne Ereignisse, Personen oder Aktionen sagen.

Das Zweite, was ich mir für den Umgang mit Diktaturen wünsche, sind positive Beispiele. Selbst ich, der ich unmittelbar betroffen war, kann es manchmal nicht mehr ertragen, immer nur über Entsetzen und grauenvolle Dinge zu lesen. Ich wünsche mir, dass man mehr über die positiven Beispiele berichtet, über die mutigen Menschen in der Sowjetunion, in NS-Deutschland oder in der DDR. Es hat ja nicht nur Inoffizielle Mitarbeiter gegeben, sondern sehr mutige Menschen, die sich weigerten, das zu werden, und mutige Menschen, die von Agenten umringt waren und das überstanden haben. Ich wünsche mir positive Beispiele, wie es mutige Menschen in Diktaturen geschafft haben, nicht mehr als die allerkleinsten notwendigen Konzessionen zu machen, sondern als ehrliche Menschen aufrecht gewesen sind. Ich bin sehr für diese positiven Darstellungen, um Beispiele zu schaffen und die Idee des mündigen Bürgers deutlich werden zu lassen. In einer Demokratie möglichst viele mündige Bürger zu haben, die selbstständig denken und frei diskutieren – das ist das Entscheidende. Daran mitzuwirken wäre mein Wunsch für die Auseinandersetzungen mit den beiden Diktaturen der Vergangenheit.

Ralph Giordano

Die Internationale der Einäugigen

Essay

Ich war von Oktober 1955 bis Juni 1956 Student am Institut für Literatur in Leipzig. Meine Emanzipation von der Partei war damals schon weit fortgeschritten. Zur Erklärung muss ich anführen, dass ich nach meiner Befreiung am 4. Mai 1945 durch die 8. Britische Armee sehr bald Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands, Landesbezirk Hamburg, wurde, in der Annahme, dass die Feinde meiner Feinde auch meine Freunde sein müssen. Das war ein großer Irrtum.

Ralph Giordano

Dr. h.c., geb. 1923; Journalist, Schriftsteller und Regisseur; 1955–1957 in der DDR; Abrechnung mit dem Stalinismus mit dem Buch „Die Partei hat immer Recht“ (1961). Berndorffstraße 4, 50968 Köln.

Die Nazis hatten zwei Hauptfeinde: die Juden, das waren wir selber, und die Roten, die Bolschewiki, das waren die Kommunisten. Mein Eintritt in die KPD war entsprechend meinem damaligen Erkenntnisstand verständlich. Im Laufe der Jahre erkannte ich jedoch, dass – um es vorsichtig auszudrücken – eine tiefe Kluft zwischen der kommunistischen Propaganda und der Wirklichkeit bestand. Im Februar 1956 erfuhren wir, was Chruschtschow auf dem XX. Parteitag der KPdSU gesagt hatte. Dieser kleine Türspalt, den er geöffnet hatte, traf uns wie ein Schlag mit dem Vorschlaghammer vor die Stirn. Wir fielen vom Fleische, trotz der Emanzipation, der Distanzierung von der Partei, die wir schon vollzogen hatten. Nun war der Klassegegner in dem, was er über das System gesagt hatte, bestätigt! Es war eine Situation, die schwer zu schildern ist.

Zudem durchlitt ich noch meine persönliche Tragödie. Ich war in Hamburg eingesperrt worden, weil ich gegen die sozialdemokratische Regierung in einem Artikel in der „Weltbühne“ Verbalinjurien gebraucht hatte. Das hat mir drei Monate Gefängnis in Ham-

burg-Bergedorf eingebracht. Über diese Gefängniszeit hatte ich ein Buch („Entscheidung in Hamburg“) geschrieben, das im März 1956 erscheinen sollte. Nach der Chruschtschow-Rede rief mich der Leiter des Verlags „Neues Leben“ in Ost-Berlin an und sagte: „Genosse Giordano, wir müssen mal über dein Buch sprechen.“ In meinem Buch sollte ein Stalin-Bild vorkommen. Das hatte ich 1953 als gläubiger Stalinist mit ins Gefängnis geschmuggelt und versteckt. Am 5. März 1953 starb Stalin. Sein Tod war für mich nicht so schlimm wie der meines Vaters, aber es war doch ein Ereignis, das mir tief zu Herzen ging. An dem Morgen, als Stalin gestorben war, hatte ich vor dem Morgenrundgang das bis dahin unentdeckte Bild hervorgeholt und unter das Fenster gehängt. Als wir zurückkamen, war das Bild verschwunden. Daraufhin zertrümmerte ich die Einrichtung meiner Zelle einschließlich des Klosetts und kam in eine Strafzelle. Einzelhaft hatte ich sowieso, aber hier gab es Ratten, und die bissen. Ich hatte sie noch aus meiner Zeit der Illegalität während der Nazizeit gut in Erinnerung. Es war eine Tortur.

Und ich habe um Stalin gelitten. Jetzt plötzlich, nach der Chruschtschow-Rede, sollte es nicht mehr möglich sein, ein Buch herauszubringen, in dem Stalin eine Rolle spielt? Alfred Kurella, damals Institutsdirektor in Leipzig, beschäftigte sich mit der Frage. Der Parteidichter Kurt Barthel, Kuba genannt, kam ans Institut für Literatur und sagte: „Genosse Giordano, ich höre, Sie haben Schwierigkeiten mit dem Stalin-Bild? Das ist doch ganz einfach: Machen Sie Thälmann daraus.“ Ausgerechnet Kuba sagte das, der gedichtet hatte: „Mutter von Gori, wie groß ist dein Sohn“ und der für uns der Inbegriff der Stalin-Verherrlichung war.

Meine Emanzipation von diesem politischen Irrtum war nicht leicht. Zugehörigkeit bedeutet mir viel, und ich glaubte, sie bei den Kommunisten gefunden zu haben, weil sie die größten Blutopfer gebracht hatten nach 1933. Wir sind zwar von den Briten befreit worden, aber wir fühlten uns befreit von der Roten Armee. Unser Leben war ein Wettlauf zwischen der „Endlösung der Judenfrage“ und dem Endsieg der Alliierten gewesen. Ich möchte nicht die Leistungen der Westalliierten unter den Scheffel stellen, aber wir wussten, unser Überleben war abhängig davon,

wie schnell die Rote Armee nach Berlin kommen würde. Das war ein entscheidendes Moment, das mich zur KPD geführt hatte.

Umso größer, umso schwerer war die persönliche Enttäuschung, und mehr noch, dass es dabei nicht geblieben ist. Es war ein langer Prozess, aber es war wie eine zweite Befreiung. Ich hatte mich aus der Internationale der Einäugigen mit ihren beiden Fraktionen gelöst: Die eine ist auf dem rechten, die andere auf dem linken Auge blind. Die Auseinandersetzung mit der Kommunistischen Partei führte dazu, dass ich mich dieser Internationale entzogen habe, um auf beiden Augen sehen zu können. Warum gehörte ich dieser Internationale der Einäugigen überhaupt an? Warum bin ich denen ständig nachgegangen, obgleich die so genannte Presse des Klassengegners immer über die Verbrechen geschrieben hatte? In meinem Buch „Die Partei hat immer Recht“, das 1961 erschien, versuchte ich, dieses Defizit an humaner Orientierung zu erklären. Die Verdrängung, die ich den Nazis zum Vorwurf gemacht habe, traf für eine gewisse Periode meines Lebens auch auf mich selbst zu. Als dann allerdings diese Tür geöffnet worden ist – Chruschtschow mag vieles gesagt haben, aber zunächst gelangte davon nur wenig an die Öffentlichkeit –, musste ich die Genossen fragen, warum sie geschwiegen hatten.

Die Art, wie die KPD den XX. Parteitag ausgewertet hat, nämlich mit Verdrängung, wenn nicht gar Stillschweigen, was die Landesorganisation Hamburg anbetraf, war ein entscheidendes Moment für meinen Lösungsprozess. Ich wusste nun: Diese Leute wollen die Wahrheit nicht hören. Es ging um das Schicksal von Millionen. Von den Nazis kann man sagen, dass sie entsetzliche Dinge getan und Millionen Menschen umgebracht haben. Aber hier sind die eigenen Genossen umgebracht worden. Die Angeklagten in den Moskauer Prozessen 1937/38 waren ja keine „Verräter“, sondern sie wurden umgebracht als Bolschewiki. Und die KPD wollte sich damit nicht auseinander setzen! In dieser Partei konnte ich nicht bleiben.

„Die Partei hat immer Recht“ ist nicht die Biografie eines enttäuschten Kommunisten, sondern eine Anatomie des Stalinismus, die erklärt, wie es dieser Partei gelang, einen Menschen mit meiner Biografie zu packen,

zu fassen und eine Zeit lang zu halten. Aus den gleichen antifaschistischen und humanen Gründen, aus denen ich ihr beigetreten bin, habe ich sie dann wieder verlassen. Ein schwieriger Prozess, denn es waren ja immer noch Rückstände da, eine gewisse Nibelungentreue, die erst gebrochen werden musste. Jeder wusste, wenn du mit der Partei brichst, dann stehen vertraute Menschen vor der Wahl: entweder, oder. Weil die Partei auch die Seelen beanspruchte. Und so kam es auch, nachdem Alfred Kantorowicz im August 1957 in der „Welt“ die Gründe für seinen Bruch veröffentlicht hatte. Das war für mich der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Damals schrieb ich dem Verlag „Neues Leben“: Es ist vorbei, es geht nicht mehr.

Was mich damals wie heute bewegt, ist, dass sich Kritik an der Diktatur nicht nur gegen das eine Mordsystem des 20. Jahrhunderts, sondern auch gegen das andere richten muss. Es ist keine Entschuldigung für meinen politischen Irrtum, aber es ist eine Erklärung dafür, warum auch ich länger bei der Partei geblieben bin, als es vielleicht nötig gewesen wäre: Es war die Art und Weise, wie man sich mit der NS-Vergangenheit auseinander setzte. Wir leben in einem Land mit dem größten in der Geschichte bekannten Verbrechen, mit Millionen von Opfern, die umgebracht worden sind wie Insekten. Von Ausnahmen abgesehen, sind die Täter nicht nur straffrei davongekommen, sondern sie konnten ihre Karrieren in der alten Bundesrepublik unbeschadet fortsetzen. In der DDR war es nicht viel anders. Damit zu leben, ist nicht leicht.

Es gab 32 000 aktenkundige politische Todesurteile wegen nichts, wegen Bagatellen, weil jemand vielleicht nach einem Fliegeralarm eine Knackwurstdose aufgemacht hatte. Kein einziger dieser NS-Blutrichter und -Blutankläger ist je rechtskräftig verurteilt worden. Ich habe für den Zentralrat der Juden in Deutschland, für die „Allgemeine Jüdische Wochenzeitung“, als Fernsehjournalist und Essayist den NS-Prozessen über Jahre, Jahrzehnte beigewohnt. Binnen Kurzem war klar, wer der hauptangeklagte Typus sein würde, nämlich die untersten Glieder in der Kette des industriellen Serien-, Massen- und Völkermordes, die Tötungsarbeiter selbst, die nicht mehr sagen konnten, sie haben von nichts gewusst, weil sie mit ihren

Stiefeln, Knüppeln und Pistolen gemordet haben. Ihre Vorgesetzten kamen nicht vor die Tore der bundesdeutschen Justiz. Ich habe das die zweite Schuld genannt. Vor jeder zweiten Schuld gibt es eine erste Schuld. Die erste Schuld ist die Schuld der Mehrheit der Deutschen unter Hitler und die zweite Schuld ist die Verdrängung und die Verleugnung dieser ersten Schuld nach 1945 und 1949. Und das nicht nur rhetorisch oder moralisch, sondern tief instituiert durch den großen Frieden mit den Tätern. Damit soll man als Überlebender des Holocaust leben, und das ist nicht leicht.

Mir sind die Leute verdächtig, die entweder nur den Stalinismus oder nur den Nationalsozialismus kritisieren. Die das tun, gehören zu den internationalen Einäugigen mit ihren zwei Fraktionen. So ein scheußliches System wie das des real existierenden Sozialismus wird ja nicht weniger scheußlich dadurch, dass es ein noch scheußlicheres gegeben hat. Natürlich ist das Kriminalgewicht des Holocauststaates ungleich größer als das des Hammer- und Zirkelstaates. In der DDR-Geschichte steckt nicht der Völkermord an den Juden durch Deutschland während des Zweiten Weltkriegs. Aber das Gesamtsystem des Sowjetkommunismus hat quantitativ vielleicht noch mehr Opfer gefordert als das „Dritte Reich“, dessen Zeit beschränkt war – zwölf Jahre nur, aber zwölf zuviel. Hier stinken zwei Mordregime gen Himmel.

Wir müssen an Beispielen deutlich machen, dass es Menschen gegeben hat und gibt, die Mut und Zivilcourage bewiesen haben. Die Frau, die meine Familie und mich über lange Zeit in einem düsteren, feuchten und rattenverseuchten Keller versteckt hat – diese Frau, die wir in unserem akademischen Hochmut eine einfache Frau nennen – hat uns versteckt, als meine Mutter deportiert werden sollte. Ich hatte alles vorbereitet, und als ich sie dann fragte, ob wir uns bei ihr verstecken könnten, sagte sie, ohne mich anzusehen, nur ein Wort: Natürlich. Und das, obwohl sie genau wusste, wenn wir entdeckt werden, ist ihr Leben genauso verwirkt wie das unsrige. Das sind die wirklichen Helden. Die Humanitas ist unteilbar.

Entstalinisierung und die Krisen im Ostblock

Im Februar 1956 hielt der Erste Sekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU), Nikita S. Chruschtschow, eine „Geheimrede“ auf dem XX. Parteitag der KPdSU, in der er Exzesse und Verbrechen seines drei Jahre zuvor verstorbenen Amtsvorgängers Josef Stalin anprangerte. Die Auswirkungen dieser Rede sollten schnell weit über die Sowjetunion hinausreichen.

Mark Kramer

Professor, geb. 1962; Director of Cold War Studies at Harvard University and Senior Fellow am Davis Center for Russian and Eurasian Studies.
Cold War Studies Center,
Harvard University,
1730 Cambridge,
MA 02138, USA.
mkramer@fas.harvard.edu

In den meisten osteuropäischen Staaten, insbesondere in Polen und Ungarn, entwickelten sich Unruhen und Instabilität. Bis zum Herbst sah sich die Sowjetunion in beiden Ländern vor ersten politischen Krisen, die in Polen mit friedlichen Mit-

teln, in Ungarn durch den Einsatz sowjetischer Truppen gelöst wurden. Im Folgenden soll die Entstehungsgeschichte der Krisen des Jahres 1956 diskutiert werden, vor allem die entscheidende Bedeutung der sowjetischen Entstalinisierungskampagne für den gesamten Ostblock. Ihre Folgen hätten das kommunistische Machtgefüge im Herbst 1956 beinahe zum Einsturz gebracht.

Inoffiziell hatte die Entstalinisierung schon bald nach Stalins Tod im März 1953 eingesetzt. Die offizielle Kampagne aber begann erst mit jener Rede Chruschtschows am Abend des 25. Februar 1956 auf einer eilig einberufenen, geschlossenen Sitzung zum Abschluss des XX. Parteitages der KPdSU in Moskau. Chruschtschows vehemente Verurteilung des Stalinismus (so selektiv sie auch war) betraf auch all jene osteuropäischen Führer, die unter Stalins Patronat an die

Macht gekommen waren und treu an stalinistischen Grundsätzen festgehalten hatten.

Zu den belasteten Führern gehörte auch der Erste Sekretär der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP), Bolesław Bierut, ein Hardliner, der die zum XX. Parteitag entsandte polnische Delegation anführte und den Text der Rede bereits vorab erhalten hatte. Seine Mitstreiter sagten später, Bierut sei angesichts Chruschtschows Aussagen „fassungslos“ und „am Boden zerstört“ gewesen. Weil die polnische Reaktion auf die Geheimrede so bedeutsam war und sich derart schnell massive Unruhen im Land entwickelten (schneller noch als in Ungarn), ist es gerechtfertigt, den polnischen „Sonderfall“ hier genauer zu untersuchen. Die aufgezeigten Entwicklungen waren – wenn auch weniger deutlich – 1956 in allen anderen Staaten des Ostblocks erkennbar, auch in der DDR und in der Sowjetunion selbst.

Die Geheimrede und die Unruhen in Osteuropa

Nach dem XX. Parteitag der KPdSU überstürzten sich die Ereignisse in Polen. Bereits am 28. Februar 1956 erstatteten vier hochrangige Funktionäre, die Bierut nach Moskau begleitet hatten – Jerzy Morawski, Jakub Berman, Józef Cyrankiewicz und Aleksander Zawadzki –, dem Politbüro der PVAP Bericht über die Geheimrede Chruschtschows. Danach beschloss das Politbüro, wichtige Parteiaktivisten vom 3. bis 4. März nach Warschau einzuberufen, um auch sie über die Rede zu informieren. Zum Auftakt jenes Treffens sprach Morawski ausführlich über die Verurteilung Stalins durch Chruschtschow. Er und seine Kollegen im Politbüro mussten sich bohrende Fragen aus dem Ple-

Aus dem Amerikanischen übersetzt von Susanne Laux, Königswinter.

Die Zitate stammen aus freigegebenen Dokumenten folgender Archive: Archiwum Akt Nowych/Central Archives of Modern Records (Warschau); Rossiiskii Gosudarstvennyi Arkhiv Noveishei Istorii/Russian State Archive of Recent History; Arkhiv Vneshnei Politiki Rossiiskoi Federatsii/Foreign Policy Archive of the Russian Federation; Arkhiv Prezidenta Rossiiskoi Federatsii/Presidential Archive (alle in Moskau); Magyar Országos Levéltár/Hungarian National Archives (Budapest); Státní Ústřední Archiv/Central State Archive (Prag).

num gefallen lassen und die Politik der Regierung, so gut sie konnten, verteidigen.

Drei Tage nach diesem ersten Treffen kam eine größere Gruppe von Parteikadern in Warschau zusammen, die harsche Kritik an der seit acht Jahren mit harter Hand führenden Regierung Bierut und der weiteren Zugehörigkeit von Stalinisten zum Politbüro äußerten. Der vollständige Text der Chruschtschow-Rede war in der PVAP offiziell noch nicht in Umlauf, doch war bereits so viel von ihrem Inhalt durchgesickert, dass sie einen regelrechten Sturzbach Bierut-kritischer Kommentare auslöste. Bierut war während des KPdSU-Parteitages schwer erkrankt und zur Erholung in Moskau geblieben. Telefonisch hielt er engen Kontakt mit Warschau und wusste deshalb auch um den rapiden Schwund seiner Autorität in Polen, doch konnte er aus der Ferne nicht darauf reagieren. Sein plötzlicher Tod am 12. März – er starb offenbar an Herzversagen und einer Lungenentzündung – verlieh der Entstalinisierung in Polen einen enormen Schub.

Weil die große Mehrheit der Polen vor der offiziellen Verkündung von Bieruts Tod am 13. März weder von seiner Krankheit noch von seinem verlängerten Aufenthalt in Moskau gewusst hatte, sorgte die überraschende Meldung in der polnischen Gesellschaft für heftige Bewegung. Innerhalb von ein, zwei Tagen berichteten die Sicherheitskräfte in nahezu allen Landesteilen von großen Mengen „antikommunistischer und antisowjetischer“ Flugblätter, in denen Bierut oft in extrem verletzender Weise an den Pranger gestellt wurde, Freude über seinen Tod geäußert und die polnische Führung als „russisch-beherrschte Regierung“ geschmäht wurde. Graffiti tauchten auf Hauswänden in Warschau (vor allem in der Universität) und in anderen Städten des Landes auf. Schnell machten Gerüchte die Runde, Bierut sei „von der sowjetischen Geheimpolizei auf Geheiß der KPdSU-Führung vergiftet“ worden. Einige Parteifunktionäre behaupteten öffentlich, dass „Genosse Bierut auf Befehl der KPdSU nach dem XX. Parteitag ermordet wurde, weil es unangenehm wurde, dass er noch länger anwesend war“. Für diese Gerüchte gab es keinen Beweis, doch zeigt die Tatsache, dass viele Polen Bierut einerseits verurteilten, diesen Anschuldigungen andererseits aber bereitwillig Glauben schenkten, wie dramatisch

sich das politische Klima in Polen gewandelt hatte.

Bieruts Nachfolger im Amt des Parteichefs, Edward Ochab, vertrat eine sehr viel moderatere Linie – er suchte die politische Unterdrückung und die strenge Kontrolle der Partei über die Presse zu lockern. Ochab erklärte sich mit dem Vorschlag Stefan Staszewskis, des reformorientierten Ersten Sekretärs der Partei in Warschau, einverstanden, die Parteiführung solle allen Parteimitgliedern das Studium der Geheimrede erlauben und diese sogar dazu ermutigen. Am 21. März, einen Tag nach der offiziellen Amtsübernahme Ochabs, billigte das Parteisekretariat (dem er vorstand) Ochabs Vorschlag, sowohl den russischen Text der Geheimrede als auch eine polnische Übersetzung zu verbreiten.

Zunächst gab die PVAP nur eine geringe Anzahl von Kopien der beiden Dokumente an regionale und lokale Parteiorganisationen aus – mit der Maßgabe, den übersetzten Text vor Versammlungen ausgewählter Parteimitglieder zu verlesen. Die lebhaften Debatten, die sich daran entzündeten, steigerten das Interesse noch, und Spekulationen blühten. So billigte das Sekretariat der PVAP am 27. März auf Geheiß Ochabs eine größere Verbreitung und wies die regionalen und lokalen Parteiorganisationen an, „sowohl in städtischen als auch in ländlichen Gebieten öffentliche Versammlungen“ durchzuführen, um „sicherzustellen, dass die Teilnehmer vollständig über den Bericht [Chruschtschows] über den ‚Personenkult und seine Konsequenzen‘ in Kenntnis gesetzt werden“.

Diese Entscheidung war zum Teil auf Umstände zurückzuführen, die außerhalb der Kontrolle der PVAP lagen. Seit Mitte März konnten die Polen eine detaillierte Zusammenfassung der Rede über den polnischen Dienst des amerikanischen Radiosenders Voice of America (VOA) sowie andere westliche Kurzwellensender verfolgen. Diese „verbotenen“ Sendungen erwiesen sich als höchst populär. In der zweiten Märzhälfte hatten lokale und regionale Parteifunktionäre ihrer tiefen Besorgnis über „eine große Zahl von Arbeitern“ Ausdruck verliehen, die „bourgeoise Radiosender einschalten, um die wiederholten Ausstrahlungen von Chruschtschows Rede ebenso zu hören wie übel wollende Kommentare“. Der Erste Sekretär der

PVAP in Stettin, Józef Kisielewski, berichtete Ende März, dass „Arbeiter in Stettin in den vergangenen drei bis vier Wochen bei vielen Anlässen zu Massenversammlungen zusammenkamen, um [die Berichterstattung über Chruschtschows Rede über] bourgeois Radiosender zu verfolgen und sich anschließend in bedenklicher, offen feindseliger Form und mit eindeutig antisowjetischen Untertönen über die Rede auszutauschen“. Der Leiter der für die Massenmedien zuständigen Parteibteilung, Tadeusz Goliński, räumte ein, dass „die Menschen überall in Polen Voice of America hören. Den Empfang verhindern zu wollen ist zwecklos, da die Polen immer wieder einen Weg finden, den Sender einzuschalten.“ Goliński, Kisielewski und andere hochrangige Funktionäre argumentierten, die Partei könne diesen Übertragungen nur begegnen, indem sie die Rede selbst verbreite: „Wenn wir den Menschen diese Informationen nicht selbst geben, wird der Feind dies gern für uns tun (. . .). Überall im Land werden die Menschen – auch jene, die keine Feinde [der PVAP] sind – Voice of America hören, wenn wir ihnen nicht die Wahrheit sagen oder dies hinauszögern.“ Geschehe dies nicht „so bald wie möglich“, so Kisielewski weiter, werde sich die „virulente antisowjetische“ und „antisozialistische“ Stimmung noch verschärfen, die sich in den vorangegangenen Monaten „mit alarmierender Schnelligkeit“ in Stettin entwickelt habe.

Die Appelle brachten das Sekretariat der PVAP dazu, am 27. März in einer Resolution für eine größere Verbreitung von Chruschtschows Rede einzutreten – ein Schritt, mit dem die Führung hoffte, den Einfluss und die Popularität der VOA zumindest schwächen zu können. Offiziell wurden mehr als 3 000 zusätzliche Exemplare der Geheimrede in Warschau gedruckt, „inoffiziell“ und auf Initiative Staszewskis wurden weitere 15 000 bis 20 000 Exemplare hergestellt. Viele der inoffiziellen (und sogar einige der offiziellen) Broschüren wurden außerhalb der Partei verteilt, aber auch an Parteimitglieder gegeben. Anfang April tauchten einige Exemplare sogar auf dem Warschauer Różycki-Markt auf, wo sie schnell ausverkauft waren.

Mit der wachsenden Zahl der Parteimitglieder und der „Normalbürger“, die vom Inhalt der Rede wussten, nahm Ende März, Anfang April die politische Unruhe im Lande

zu; einige Funktionäre äußerten die Befürchtung, die Situation könne bald außer Kontrolle geraten. Mitte April versuchte das Sekretariat der PVAP, die offizielle Verbreitung der Rede wieder zu drosseln, doch war dieser Versuch viel zu begrenzt und kam zu spät, um die Welle des Aufruhrs noch eindämmen zu können. Selbst wenn die Verbreitung der Rede über offizielle Kanäle umgehend hätte gestoppt werden können – ein solcher Schritt hätte lediglich kosmetischer Natur sein können, solange die Behörden nicht auch in der Lage gewesen wären, die vielen Tausend unerlaubten Kopien sicherzustellen und die Sendungen der VOA zu stören.

Antisowjetische Ressentiments

Eine der unvorhergesehen – und aus Sicht des Regimes höchst unerwünschten – Folgen der Entstalinisierungskampagne in Polen war die rapide Zunahme der Feindseligkeit gegenüber der Sowjetunion in der Bevölkerung. Bei Versammlungen von Partei- und Staatsorganisationen, bei denen im März und Anfang April über Chruschtschows Rede gesprochen werden sollte, äußerten sich viele der Teilnehmer in scharfer Form über die sowjetisch-polnischen Beziehungen – ein Thema, das zuvor tabu gewesen war. Zunächst wurde diese Kritik noch in Verurteilungen Stalins und dessen harter Unterdrückung der militärischen und politischen Eliten Polens gekleidet, schnell aber wuchs sich die Unzufriedenheit zu dem aus, was regionale Führer der PVAP als „ins Mark treffende antisowjetische Erklärungen und Angriffe“ bezeichneten. Als das Risiko von Repressalien immer geringer wurde, waren immer mehr Menschen bereit, ihrem Ärger über die „militärische Besetzung Polens durch die Sowjetunion“ freien Lauf zu lassen und den Abzug aller sowjetischen Truppen zu fordern. Selbst innerhalb der PVAP waren nun viele früher scheinbar loyale Aktivisten geneigt, Chruschtschows Rede als „billigen politischen Trick“ abzutun und die „Führer der KPdSU“ zu beschuldigen, „sich jeder Verantwortung für Verbrechen zu entziehen, die sie Stalin zu begehen halfen. Jetzt, wo er bequemerweise tot ist, geben sie ihm die Schuld für alles.“

Die öffentliche Feindseligkeit gegenüber der Sowjetunion wurde während der nächsten Phase der Entstalinisierung in Polen un-

übersehbar, und zwar in nahezu allen Teilen der Gesellschaft. Regionale Parteiführer berichteten, dass eine „enorme Zahl“ von Arbeitern, Studenten und Intellektuellen „Verachtung für die UdSSR äußerten“, und behaupteten, dass „die zehn Jahre, in denen Polen unter dem ‚Protektorat‘ der Sowjetunion gestanden habe, für das Land eine völlig verschwendete Zeit“ gewesen seien. In Polen stationierte sowjetische Funktionäre übermittelten düstere Memoranden nach Moskau über die „einem Angriff ähnelnden Ausbrüche gegen die UdSSR, die Kaskade antisowjetischer Äußerungen und Witze, die Verunglimpfungen, mit denen die sowjetische Politik überzogen wird“. Diese „bestürzenden Erscheinungen“, so ihre Argumentation, „hätten sich nicht derart verbreiten können, wenn die regionalen und lokalen Organisationen der PVAP eine entschiedeneren und geschlosseneren Haltung gegen die Aktivitäten feindlicher Elemente eingenommen hätten“.

Der Prozess der Entstalinisierung wurde in Polen noch verstärkt durch die Lockerung der Pressezensur. Im Frühjahr 1956 erschien scharfe Kritik nicht nur am stalinistischen System des Landes, sondern auch am bestehenden Gemeinwesen und den polnisch-sowjetischen Beziehungen. Die wachsende Kühnheit der Presse rief in der PVAP die Befürchtung hervor, dass Artikel veröffentlicht werden könnten, „die in fundamentalem Gegensatz zu den Positionen der Partei stehen“. Hocharrangige Funktionäre beklagten sich, dass das Parteiorgan „Trybuna Ludu“ „nicht einmal mehr versuche, eine Offensive zugunsten der zentralen Parteiorgane zu starten“, eine Offensive gegen „ruchlose Elemente, die schroff zurückgewiesen werden sollten“. Die Behörden unternahmen Ende April, Anfang Mai vorsichtige Schritte, um die kritische Presse zu zügeln, etwa, indem sie die Mai-Ausgabe der „Nowa Kultura“ konfiszierten, die einen in ihren Augen „offen antisowjetischen“ Artikel veröffentlicht hatte. Diese Maßnahmen hatten allerdings nur geringe Wirkung; die Auslieferung des Heftes an die Abonnenten war zu einem erheblichen Teil bereits erfolgt.

Die lebendigen und nicht der Parteilinie entsprechenden Kommentare polnischer Journalisten verstörten auch die sowjetische Führung, bei der wiederholt Telegramme von sowjetischen Diplomaten in Polen eingingen,

in denen von der „verderblichen Rolle der polnischen Presse“ bei der „Verbreitung antisowjetischer Stimmungen“ die Rede war, indem „die Diskussionsfreiheit missbraucht wird, um Ansichten zu fördern, die eine Antithese zum Marxismus-Leninismus darstellen“ und „den Kampf der KPdSU gegen den Personenkult grob verzerren“. Während eines Treffens sowjetischer und osteuropäischer Funktionäre Anfang Mai fand Chruschtschow zornige Worte für die „antisowjetischen Elemente in Polen, denen unter Ochab freie Hand [in der Presse] gelassen wird“, um „Polen gewaltsam aus der brüderlichen sozialistischen Gemeinschaft herauszulösen“. Wenig später, nachdem es den polnischen Machthabern nicht gelungen war, die Kritik zu unterbinden, äußerten Chruschtschow und seine Kollegen die Befürchtung, dass „die [polnischen] Presseorgane der Kontrolle [der PVAP] unwiderruflich entglitten sind“ und „in den verderblichen Einfluss unserer Feinde geraten sind, [die] auf Geheiß reaktionärster Kräfte [handeln]“.

Doch trotz wachsender Bedenken sowohl in Warschau als auch in Moskau verlor die Entstalinisierung in Polen nicht an Tempo. Die Hardliner in der PVAP, die sich zunächst im Hintergrund gehalten hatten, hofften nun, die wachsenden sozialen Unruhen eindämmen und wieder strenge politische Kontrolle ausüben zu können. Ihr Handlungsspielraum aber wurde durch eine immer stärkere Zersplitterung auf allen Ebenen der Partei zunehmend eingeschränkt. Die Machtkämpfe innerhalb der PVAP erschwerten alle Versuche, mit Härte durchzugreifen. Ein hoher Funktionär, der mit einigen der beschlossenen Reformen unzufrieden war, fasste die Lage so zusammen: „Anders als in anderen Volksrepubliken ist in unserem Land ein anhaltender Prozess so genannter ‚großer Diskussionen‘ in Gang gekommen. Diesem Prozess sind keine Grenzen gezogen und keine festen Leitlinien vorangestellt worden, er war voll von unverblümter und bisweilen böswilliger Kritik. Die ‚Diskussion‘ ist ausgeufert, und niemand hat versucht, sie zu kontrollieren. Die Menschen sagen, was immer sie möchten, und sie tun dies, wann immer sie möchten. Das Zentralkomitee der PVAP hat zugehört. Man kann sich nur wundern, wie weit die Dinge gediehen sind.“

Politisch war Polen allen anderen osteuropäischen Staaten weit voraus, ökonomisch ge-

sehen aber war die Lage bedeutend ungünstiger. Die Wirtschaft war in den ersten Jahren nach Stalins Tod kaum gewachsen. Obwohl sich der Spielraum für ökonomische Reformen nach Bieruts Tod beträchtlich erweitert hatte, nahmen Ochab und seine Mitstreiter nur zögerlich weit reichende wirtschaftliche Maßnahmen zur Linderung der Notlage in Angriff, die auf Polens Crashkurs zur Industrialisierung und auf die erzwungene Kollektivierung der Landwirtschaft zurückzuführen war. Dies zusammen mit der allgemein gelockerten politischen Kontrolle ließ ein hoch entzündliches Gemisch entstehen. Im Frühjahr 1956 riefen Arbeiter in einigen Städten zu kurzen, aber folgenschweren Streiks auf. Es waren Arbeiter in großen Industrieanlagen, die für den Großteil der Proteste verantwortlich waren, aber auch andere Berufsgruppen (etwa Taxifahrer und Lehrer) unterstützten die Arbeitsniederlegungen. In Krakau traten Anfang April die städtischen Taxifahrer in den Streik und brachten das öffentliche Leben in der Stadt für zwei Tage beinahe zum Erliegen, bis die Lokalregierung sich bereit erklärte, eine Erhöhung der Einkommensteuer zurückzunehmen. Die Behörden versuchten, der Vorfälle ohne Gewaltanwendung Herr zu werden, doch erwiesen sich ihre Bemühungen zur friedlichen Beilegung der Arbeiterproteste als vergeblich. Am 28. Juni 1956 brach in Posen, der großen Industriestadt 270 Kilometer westlich von Warschau, ein allgemeiner Arbeiteraufstand los.

Vom Posener Aufstand zur Oktober-Krise

Der Arbeiteraufstand von Posen war die bis dahin deutlichste Manifestation der Unzufriedenheit. Einer Demonstration der Arbeiter der größten Betriebe der Stadt für bessere Lebensbedingungen schlossen sich Beschäftigte kleinerer Unternehmen und Teile der Bevölkerung an. Die angespannte Situation eskalierte, als aus dem Gebäude der Staatssicherheit auf die Demonstranten geschossen wurde. Erst mit Hilfe von Panzern gelang es, den Aufstand niederzuschlagen. Im Verlauf der heftigen, an einigen Punkten der Stadt zwei Tage anhaltenden Kämpfe starben mindestens 75 Menschen; mehr als 700 wurden zum Teil schwer verletzt. Der Aufstand sorgte im gesamten Ostblock für große Ner-

vosität. Das Muster der Ereignisse sollte sich in späteren Zeiten wiederholen.

Die osteuropäischen Führer – die meisten von ihnen Überbleibsel aus der Stalin-Zeit – fürchteten, die Gewalt in Polen könne auf ihre Länder übergreifen. Besonders groß erschien diese Gefahr in Ungarn und der Tschechoslowakei. Letztere hatte eine lange gemeinsame Grenze mit Polen. In Ungarn hatte sich die politische Unruhe nach dem XX. Parteitag der KPdSU vor allem unter Schriftstellern, Studenten und Intellektuellen rapide verstärkt. Ab Jahresmitte bezogen die ungarischen *winds of change* zusätzliche Kraft aus der Krise in Posen. Auch Fabrik- und Kolchosesarbeiter waren nun bereit, dem kommunistischen Regime zu trotzen. Ein Signal dieses Wandels war der 12. Juli: Tausende Arbeiter der großen Mátyás-Rákosi-Stahlwerke auf der Csépel-Insel, dem 21. Bezirk von Budapest, organisierten einen Protestzug, in dem sie die „unverständlichen Kürzungen [ihrer] Löhne“ anprangerten und forderten, die „Löhne nach einem geregelten System festzulegen“.

In der Tschechoslowakei hatte bereits im Januar eine Welle von Studentenprotesten eingesetzt, als Tausende in Prag und Bratislava gegen einen Beschluss des Regimes, nach dem alle männlichen Studenten im Anschluss an ihre Ausbildung ein Jahr Militärdienst zu leisten hatten, demonstrierten. In einem Akt des Aufbegehrens, der zu Stalins Zeiten unvorstellbar gewesen wäre, organisierten die Studentenfürher in Bratislava eine Straßendemonstration. Als im April 1956 der Tschechoslowakische Schriftstellerverband seinen zweiten Kongress abhielt und eine Gruppe reformorientierter Schriftsteller das Treffen als öffentliches Forum für den Ruf nach umfassenden politischen Veränderungen nutzte, wies die Regierung die Forderungen entschieden zurück und maßregelte jene Schriftsteller, die sich offen geäußert hatten. Die politischen Unruhen erreichten im Mai mit Studentenprotesten bei den traditionellen Majáles-Feiern, die beinahe außer Kontrolle gerieten, einen Höhepunkt.

Sowohl in Ungarn als auch in der Tschechoslowakei grenzten die offiziellen Reaktionen auf den Posener Aufstand an Panik. Mátyás Rákosi, Generalsekretär der Partei der Ungarischen Werktätigen (MDP), reagierte

alarmiert auf den Posener Aufstand, denn dieser brach nur einen Tag nach einem in den Medien viel beachteten Treffen des Petöfi-Kreises in Budapest los, einer Gruppe reformorientierter Intellektueller innerhalb der MDP, die immer heftiger gegen Rákosi und die Partei aufbegehrten. Mehr als 6 000 Menschen verfolgten die Debatten, in denen umfassende Kritik an der Politik Rákosis insbesondere wegen seiner Rolle bei der stalinistischen Unterdrückung der späten vierziger und frühen fünfziger Jahre laut und erneut die „völlige Freiheit der Presse“ gefordert wurde.

Über die Vorgänge nach dem Treffen des Petöfi-Kreises wurde in der ungarischen Presse ausführlich berichtet – genau zu jenem Zeitpunkt, als die Gewalt in Polen losbrach. Auch ohne den Posener Aufstand hätte Rákosi zweifellos eine heftige Kampagne gegen den Petöfi-Kreis gestartet. Als er am 30. Juni eine außerordentliche Sitzung des ZK der MDP einberief, bei der diskutiert werden sollte, wie mit dem Petöfi-Kreis und der Presse zu verfahren sei, wurden diese Überlegungen vom Posener Aufstand überschattet. Rákosi berief sich bei der Rechtfertigung seiner Vorschläge, den Petöfi-Kreis zu ächten und die Zügel der Zensur wieder anzuziehen, wiederholt auf die „antisozialistischen Auswüchse in Posen“. Seiner Auffassung nach waren „diese plötzlichen und unerwarteten Ereignisse“ – der Posener Aufstand und das Treffen des Petöfi-Kreises – „zwei Seiten ein und derselben Medaille“; führende Mitglieder des Petöfi-Kreises hätten „ideologische Vorbereitungen“ für eine gewaltsame Erhebung in Ungarn getroffen.

Die Befürworter einer harten Linie im ZK der MDP teilten Rákosis Auffassung bezüglich des Posener Aufstandes. „Nach der Lektüre der Morgenzeitungen über die Ereignisse in Posen“, erklärte Handelsminister János Tausz, er sehe, dass „wir in den vergangenen Monaten zu nachgiebig gegenüber jenen Elementen auf dem rechten Flügel waren, die vorgeben, offen und ehrlich Kritik zu üben. (...) Im Licht der jüngsten Ereignisse in der Tschechoslowakei und in Polen müssen wir entschieden [gegen die rechten Kräfte] vorgehen, um sicherzustellen, dass die Arbeiter die Linie der Partei richtig verstehen.“ Zustimmung fügte Premierminister András Hegedüs hinzu, dass „die Ereignisse in Polen ernste

Auswirkungen auf die internationale Arbeiterbewegung haben. Können wir uns vorstellen, wie ernst diese wären, wenn Ereignisse wie die in Polen in der Sowjetunion oder in anderen Volksrepubliken geschähen? Dem menschlichen Fortschritt und der Sache des Sozialismus würde irreparabler Schaden zugefügt.“ Das ZK billigte Rákosis Vorschlag einer „entschiedenen Verurteilung“ des Petöfi-Kreises, denn dieser habe sich mit einer „heimtückischen, gegen die Partei gerichteten Bewegung“ verschworen, um „gegen die Partei gerichtete Ansichten zu verbreiten, die öffentliche Meinung (vor allem jüngere Menschen) in die Irre zu führen und Anhänger bei den in ihrer Überzeugung wankenden Elementen“ der Arbeiterklasse „zu rekrutieren“. „Die Provokation in Posen“, so die ZK-Erklärung, „ist eine Warnung für jeden ungarischen Arbeiter und jeden ehrlichen Patrioten, Versuchen zur Unruhestiftung entgegenzutreten und (...) sich unter der Führung der [kommunistischen] Partei und auf der Seite der Regierung zu vereinigen.“

Unruhen unter den Stahlarbeitern am 12. Juli schienen Rákosis Warnungen über die Gefahr eines „ungarischen Posen“ zu bestätigen. Doch sein politisches Schicksal war bereits besiegelt. Rákosi erhoffte sich die Unterstützung der sowjetischen Führung, indem er die mit der Krise in Posen verbundenen Gefahren hervorhob. Ihm war nur zu bewusst, dass Chruschtschow, der stellvertretende Ministerpräsident Anastas Mikojan und andere wichtige Funktionäre in Moskau nach dem Posener Aufstand „besorgt über das Schicksal Ungarns“ waren. Mikojans Memorandum an das Präsidium der KPdSU, in dem er „die Diskussionen des Petöfi-Kreises [am 27. Juni] als ideologisches Posen, nur ohne Gewehrschüsse“ bezeichnet hatte, schienen Rákosis Einschätzung widerzuspiegeln. Mikojan betonte, das „wir [in Moskau] nach den Lehren von Posen nicht etwas Ähnliches in Ungarn erleben möchten“. Doch bedeutete das nicht, dass die sowjetische Führung Rákosi als Garanten für Stabilität in Ungarn sah. Im Gegenteil: Ihrer Ansicht nach lag „eine ungarische Version von Posen“ im Bereich des Möglichen, solange Rákosi an der Macht blieb. Daher reiste Mikojan am 13. Juli, einen Tag nach dem Streik der Stahlarbeiter in Budapest, nach Ungarn und erklärte Rákosi, er müsse zurücktreten. Rákosi blieb nichts anderes übrig, als sich diesem „Rat“ zu beugen.

Ernő Gerő, lange Zeit treuer Gefolgsmann Rákosis, wurde auf Betreiben Mikojans am 18. Juli vom ZK zum Generalsekretär der MDP ernannt. Bei seiner Amtsübernahme versicherte Gerő dem ZK, in Ungarn werde es „kein zweites Posen“ geben. Gleich einem Echo der Moskauer Position hob er die Rolle ausländischer Mächte hervor, die „versuchen, die Einheit des sozialistischen Lagers zu zerstören: Der amerikanische Imperialismus und andere imperialistische Kreise sind bestrebt, die gegenwärtige Situation auszunutzen – eine Situation, in der die Ausmerzung von Stalins Personenkult und die Entwicklung einer sozialistischen proletarischen Demokratie jene Elemente, die sich unter den alten, gegen die Bevölkering gerichteten Regimen entfalten konnten, in die Lage versetzt, auch in den Volksdemokratien wieder an die Oberfläche zu gelangen.“ Gerő warnte seine Genossen davor, dass „sich der imperialistische Feind noch immer offen darum bemüht, auf ein ‚ungarisches Posen‘ hinzuarbeiten“. Ungarn könne „sich glücklich schätzen, dass sich unter Rákosi kein Posen ereignet“ habe, und Gerő betonte, es „wäre ein großer Fehler, keine Lehren aus der Provokation von Posen zu ziehen“, vor allem hinsichtlich des Petőfi-Kreises und anderer, denen unterstellt wurde, „jene Form von Blutvergießen auslösen“ zu wollen, „die wir in Posen erlebt haben“. Obwohl der Petőfi-Kreis zu Beginn „ein lohenswertes Gebilde“ gewesen sei, dem „viele aufrichtige Menschen“ angehört hätten, so Gerő, hätten sich „feindliche Kräfte“ der Gruppe bemächtigt, um „ein alternatives politisches Machtzentrum zu schaffen, das die einzig legitime politische Autorität des Landes, das Zentralkomitee der MDP, stürzen könnte“.

In der Tschechoslowakei waren die offiziellen Reaktionen auf den Posener Aufstand ähnlich. Am 30. Juni wies das Präsidium der Tschechoslowakischen Kommunistischen Partei (KPC) alle großen Zeitungen an, am folgenden Tag einen Leitartikel zu veröffentlichen, in dem zu einer „Verstärkung der revolutionären Wachsamkeit“ und einem „heftigeren Kampf gegen Feinde der volksdemokratischen Ordnung, Spione und Saboteure“ aufgerufen werden sollte – jene angeblich zwielichtigen Elemente der Gesellschaft, die bereits während der stalinistischen Repressionen im Visier der tschechoslowakischen Staatssicherheit Státni bezpečnost (StB) gewe-

sen waren. Der Artikel bekräftigte, dass „der Feind innerhalb des Landes operiert“ und „einer der jüngsten Beweise für seine Aktivitäten die Tumulte während der studentischen Majáles-Feiern waren“, die „feindliche Agenten ausnutzen wollten, um die Studenten gegen die Partei und das System aufzubringen“.

In ihrem Bestreben, den Posener Aufstand zu diskreditieren und zu verurteilen, sahen sich die tschechoslowakischen Führer dennoch vor einer schwierigen Aufgabe. Berichte der StB sowie regionaler und lokaler Parteiorganisationen enthüllten „eine große Welle der Aktivität verschiedener feindlicher Elemente in der Tschechoslowakei nach den Ereignissen in Posen“. Besondere Besorgnis erregte ein StB-Memorandum von Anfang Juli, in dem von einem „beträchtlichen Prozentsatz“ von Arbeitern in den tschechischen Gebieten die Rede war, die „die von imperialistischen Agenten in Posen begangenen Provokationen von ganzem Herzen begrüßen“. Diese Einschätzung wurde von lokalen Parteifunktionären bestätigt, die das KPC-Präsidium informierten, dass in fast allen Teilen des Landes „widerwärtige Stimmungen aufgekommen sind“. In Liberec (Reichenberg) etwa hätten Arbeiter der größten Produktionswerkstatt, der Staatlichen Flugzeugwerke, den Posener Aufstand als „Ausdruck der wahren Meinung gewöhnlicher Menschen“ betrachtet. Sie seien überzeugt, dass „sich ein großer Teil unseres Volkes daran beteiligen würde, wenn etwas Ähnliches in der Tschechoslowakei geschähe“.

Noch größere Nervosität riefen Informationen hervor, wonach „die Ereignisse in Posen großes Aufsehen bei der polnischen Minderheit in der Region um Ostrava [Ostrau] erregten“, dem tschechoslowakischen Grenzgebiet zu Polen. Anfang Juli behauptete die StB, Flugblätter gefunden zu haben, „die von einem ‚Zentrum für den inneren Widerstand‘ bei der polnischen Minderheitsgemeinschaft in Umlauf gebracht worden“ seien, einer Gruppe, die „bestrebt ist, einen noch größeren Aufruhr [als in Posen] zu provozieren, und zwar in einer ganzen Reihe verschiedener Städte, um die Erfolgsaussichten zu erhöhen“. Angeblich riefen diese Flugblätter „die Angehörigen der polnischen Minderheit dazu auf, nationale Gruppierungen zu bilden und ‚auf ein Signal

zum Aufstand“ gegen das Regime zu warten. Später informierte die StB das Präsidium der KPC darüber, dass „am 4. Juli mehr als 700 Pakete mit Flugblättern aus Briefkästen in Prag beschlagnahmt“ worden seien – gerade rechtzeitig, bevor sie an „feindliche Elemente“ in der Region um Ostrava verschickt werden konnten.

Auch in anderen tschechischen Gebieten warfen Parteifunktionäre „reaktionären Elementen“ vor allem „unter den Eisenbahnarbeitern“ vor, „den Geschwehnen in Posen nacheifern zu wollen, indem sie Arbeiter verschiedener Unternehmen aufrufen, Protestaktionen zu organisieren und höhere Löhne zu fordern“. Diesbezügliche Befürchtungen der Regierung hingen vor allem damit zusammen, dass am 30. Juni – zeitgleich mit dem Posener Aufstand – eine lange geplante Erhöhung der Arbeitsnormen in Kraft getreten war. Die Erhöhung veranlasste 120 Arbeiter in einer Fabrik im Prager Vorort Stredokluky, die Arbeit niederzulegen und eine Rücknahme der Maßnahme zu fordern. Arbeiter anderer Fabriken in der Region organisierten Bummelstreiks, und die Mitarbeiter eines dieser Unternehmen entsandten eine Delegation von zehn Beschäftigten ins Ministerium für Schwerindustrie in Prag, um ihrer Forderung nach einer Rücknahme der höheren Normen Nachdruck zu verleihen. In Pilsen stellten Parteifunktionäre fest, dass Arbeiter in den Transportfabriken „diskutierten, ob dies ‚der richtige Zeitpunkt ist, unseren Führern‘ das Gleiche zu zeigen“ wie die Posener Arbeiter. Umgehend sagten die Aufseher in diesen Fabriken Lohn erhöhungen zu, um einen Streik zu vermeiden. Die KPC wies ihre Funktionäre an, „in Unternehmen, wo keine hinreichenden politischen Vorbereitungen getroffen wurden, vorübergehend von höheren Arbeitsnormen abzusehen“. In den unruhigsten Landesteilen wurden zudem Verbilligungen von Konsumgütern angeordnet sowie Lohnerhöhungen für die Arbeiter in Schlüsselunternehmen in Pilsen, Prag und anderen Städten.

Echos des Posener Aufstandes waren auch in China zu spüren. Eine Delegation chinesischer Funktionäre befand sich Ende Juni 1956 in Posen, um an der Internationalen Handelsmesse teilzunehmen und einen 41 Millionen Rubel umfassenden Handelsvertrag mit der polnischen Regierung zu unterzeichnen. Die Delegation wurde Augenzeuge

des Aufstandes und sandte anschauliche Berichte nach Peking, in denen Ausmaß und Intensität der Gewalt beschrieben wurden. Diese Berichte und spätere Besprechungen trafen die kommunistischen Machthaber in China völlig unerwartet und entzündeten „eine heiße Debatte in breiten Teilen der chinesischen Bevölkerung über die Gründe“ des Aufstandes. Der sowjetische Botschafter in Peking, Pawel Judin, berichtete, dass im Gefolge des Posener Aufstandes chinesische „Fabrikarbeiter, Büroangestellte und Intellektuelle sehr viel eher geneigt“ waren, „ihre Unzufriedenheit mit dem langsamen Wachstum der Einkommen und des Lebensstandards, dem Warenmangel in den Geschäften und dem anhaltenden Wohnungsmangel zu äußern“. Später räumte die chinesische Führung ein, dass es im Sommer 1956 zu Dutzenden von Arbeitsniederlegungen und Protesten gekommen war. An diesen Unruhen, die häufig gewaltsam niedergeschlagen wurden, beteiligten sich zehntausende Arbeiter – unter ihnen auch solche, die sich ausdrücklich auf den Aufstand in Posen beriefen.

Die Proteste chinesischer Arbeiter und Intellektueller 1956 waren weniger dramatisch als das Blutvergießen in Posen, doch hatte es spontane politische Diskussionen und Arbeiterunruhen in China seit der kommunistischen Machtergreifung 1949 praktisch nicht mehr gegeben. Arbeiter, Studenten und Intellektuelle waren plötzlich bereit, „die unterschiedlichsten und oft verworrensten Ansichten“ über die „ernsten Probleme“ in ihrer Gesellschaft zu äußern. In einer Rede vor hohen Parteifunktionären sprach Mao Zedong im Januar 1957 von der „heimtückischen Wirkung“ des Posener Aufstandes auf die soziopolitische Lage in China: „Sowohl innerhalb als auch außerhalb der Kommunistischen Partei priesen bestimmte Leute die Ereignisse in Polen. Jedes Mal, wenn sie den Mund öffneten, sprachen sie voller Begeisterung über Posen (. . .). Dabei enthüllten sie für jeden erkennbar ihr wahres Gesicht. Diese Ameisen kamen aus ihren Löchern gekrochen, und die Schildkröten und anderer Abschaum der Menschheit kamen aus ihren Verstecken und wurden ans Licht gelockt.“

Der Nachhall des Posener Aufstandes in China, Osteuropa und der Sowjetunion unterstrich die besondere Bedeutung der polnischen Arbeiterbewegung. Auch in Polen

hatte die Erhebung weit reichende Konsequenzen. Die Möglichkeit erneuter Unruhen wurde durch die in der Bevölkerung vorhandenen Ressentiments gegen die Sowjetunion erhöht. Berichte der Staatssicherheit und hoher Parteifunktionäre belegten, dass die antisowjetische Stimmung, die sich vor und während des Posener Aufstandes als so explosiv erwiesen hatte, stärker war als je zuvor. Auch wenn der Aufstand ohne militärische Intervention der UdSSR niedergeschlagen wurde, so hatte die prominente Rolle sowjetischer Generäle bei der Operation doch das Ausmaß der sowjetischen Kontrolle über die polnischen Streitkräfte offenbart. Gerüchte machten die Runde, dass „verkleidete sowjetische Soldaten als erste das Feuer eröffnet“ hätten. Andere Gerüchte besagten, dass sowjetische und polnische Truppen „mehr als 1 000 Menschen in Posen getötet“ hätten. Ein Funktionär der PVAP sagte gegenüber sowjetischen Diplomaten, „noch nie habe er in der Volksrepublik Polen derart viele sarkastische antisowjetische Bemerkungen und Witze gehört wie zurzeit“. Ein anderer warnte Moskau, dass „die Ereignisse von Posen nicht nur Polen und der UdSSR, sondern dem gesamten sozialistischen Lager großen politischen Schaden zugefügt haben, indem sie den Aufbau von Kontakten zwischen den [osteuropäischen kommunistischen] Parteien“ und der KPdSU behindert hätten. Lokale Parteiorganisationen machten geltend, Arbeiter in zahlreichen Fabriken sähen in der Lancierung „antisowjetischer Slogans und dem Ausdruck antisowjetischer Ressentiments“ den besten Weg, „Solidarität mit den Provokateuren von Posen“ zu zeigen.

Eben jene Welle der Feindseligkeit gegen die UdSSR sollte im Oktober 1956 maßgeblich dazu beitragen, eine erneute sowjetisch-polnische Krise auszulösen. Władysław Gomułka löste Ochab als Generalsekretär der PVAP ab, nachdem eine militärische Eskalation mit den sowjetischen Truppen im letzten Moment verhindert werden konnte. In Ungarn hingegen kam es zur Revolution. Die richtungweisende Entscheidung Chruschtschows vom Februar 1956, eine offizielle Kampagne zur Entstalinisierung zu führen, hatte Aufstände und Unruhen im gesamten Ostblock zur Folge. Eine Wiederholung der Vorgänge von Posen schien jederzeit möglich.

János Tischler

Warschau – Budapest 1956

Die Massendemonstration in Budapest am 23. Oktober 1956, die am Anfang der revolutionären Ereignisse in Ungarn stand, begann als Solidaritätskundgebung für den so genannten „polnischen Oktober“. Dieser Sachverhalt wird zum einen durch einen der Hauptorte des Geschehens symbolisiert, den Platz vor der Statue des polnisch-ungarischen Helden General Józef Bem, zum anderen durch die Parole „Polen ist das Vorbild, lasst uns zugleich den ungarischen Weg beschreiten!“¹ Zur Verknüpfung der Ereignisse in den beiden Ländern kam es am 24. Oktober in Warschau auf einer Massenversammlung, die den Höhepunkt der Veränderungen in Polen markierte.² So erschienen am Kundgebungsort einige Studentengruppen, die von den Budapester Demonstrationen am Vortag Kenntnis erhalten hatten,

János Tischler

Ph. D., geb. 1967; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geschichte der Ungarischen Revolution 1956 (1956er Institut), Budapest.
www.rev.hu
j.tischler@chello.hu

Aus dem Ungarischen übersetzt von Andreas Schmidt-Schweizer, Budapest.

¹ Die Parole verdeutlichte, dass die Ungarn nicht blind das Vorbild anderer Länder kopieren wollten, sondern der Meinung waren, dass jede Nation ihren eigenen Weg einschlagen sollte. Der polnische General Bem, Teilnehmer am polnischen Freiheitskampf 1830/1831, führte während der bürgerlich-nationalen Revolution 1848/1849 die ungarischen Truppen in Siebenbürgen gegen Österreicher und Russen.

² Vom 19. bis zum 21. Oktober 1956 fand in Warschau das 8. Plenum des ZK der PVAP statt. Dort kam es zu wichtigen Ereignissen: Im Schatten einer drohenden militärischen Intervention der Sowjetunion wurde eine neue Führung mit Władysław Gomułka als Erstem Sekretär des ZK gewählt. Chruschtschow hielt diesen Schritt, der nicht mit der Sowjetunion abgestimmt worden war, für einen antisowjetischen Putsch. Er versuchte daraufhin, die Entscheidung rückgängig zu machen, musste ihr schließlich aber zustimmen. Die überwiegende Mehrheit der polnischen Gesellschaft hatte sich nämlich – gerade aufgrund der Drohungen des Kremls – hinter Gomułka gestellt. Dieser verkündete bedeutende Veränderungen und beendete die stalinistischen Methoden der kommunistischen Machtausübung in Polen.

mit ungarischen Fahnen, was im Kreise der Versammlungsteilnehmer großen Beifall auslöste.¹³ Außerdem zogen gegen Ende der Demonstration mehr als zweitausend Menschen, denen sich weitere tausend Personen anschlossen, vor „die ungarische Botschaft, um ihre Solidarität mit der ungarischen Nation zum Ausdruck zu bringen“. Eine der demonstrierenden Gruppen hielt schließlich in der Warschauer Innenstadt „eine kurze Versammlung unter der Parole Warschau-Budapest-Belgrad“ ab.¹⁴

Es gab in jenem Herbst jedoch noch einen dritten Ort, an dem die polnischen und ungarischen Ereignisse ganz oben auf der Tagesordnung standen: Moskau. Die Vertreter der kommunistischen „Bruderparteien“ waren für den 24. Oktober 1956 in die sowjetische Hauptstadt geladen worden, um von Nikita Chruschtschow über die sowjetisch-polnischen Verhandlungen, die einige Tage zuvor in Warschau stattgefunden hatten, informiert zu werden. Chruschtschow hatte kurz zuvor nur zögerlich dem Einsatz sowjetischer Truppen in Budapest am 23./24. Oktober zugestimmt, weil er eine mögliche bewaffnete Intervention der Sowjetunion in Polen zu diesem Zeitpunkt noch nicht ausgeschlossen hatte. Bei der Sitzung ging es nun nicht mehr nur um die Situation in Polen, sondern auch um die explosive Lage in Ungarn. Dem „polnischen Umsturz“, der trotz der immanenten Gefahr einer gewaltsamen Eskalation ein friedliches Ende fand, folgte rasch die Zuspitzung der Ereignisse in Ungarn. Die Studenten in Budapest forderten demokratische Freiheiten. Die Demonstrationen weiteten sich zum Volksaufstand aus, und Armee und Polizei

¹³ Oral History Archiv des 1956er Instituts (im Folgenden OHA), Interview Nr. 572 mit Emanuel Planer, damals Leiter der Informationsabteilung des Polnischen Radios, durchgeführt von János Tischler, 1993.

¹⁴ Eine Auswahl von polnischen Dokumenten zur ungarischen Revolution von 1956, die der Verfasser erschlossen hat, wurde 1995 in polnischer und 1996 in ungarischer Sprache veröffentlicht. Die Quellen stammen in erster Linie aus dem Archiv der PVAP, aus den Archiven des Außen- und Innenministeriums sowie aus dem Zentralen Militärarchiv. In diesem Aufsatz stütze ich mich auf die ungarische Ausgabe des Dokumentenbandes: János Tischler (Hrsg.), *Az 1956-os magyar forradalom lengyel dokumentumai* [Polnische Dokumente der ungarischen Revolution von 1956], Budapest 1996. Alle folgenden Zitate und Bezüge, die nicht anders gekennzeichnet sind, stammen aus diesem Band.

liefen zu den Aufständischen über. Sowjetische Truppen besetzten noch in der Nacht strategisch wichtige Punkte in Budapest und in anderen Städten. Der populäre Reformkommunist Imre Nagy bildete eine neue Regierung, führte das Mehrparteiensystem ein und kündigte freie Wahlen an. Am 1. November 1956 trat Ungarn aus dem Warschauer Pakt aus und erklärte seine Neutralität. In blutigen Kämpfen schlugen sowjetische Truppen die Revolution ab dem 4. November nieder.

Gerade die ungarische Revolution, die aus Sicht der Sowjetunion nur militärisch beendet werden konnte und in deren Folge rund 200 000 Ungarn in den Westen flüchteten, führte Chruschtschow auf drastische Weise vor Augen, vor welchen Folgen die Sowjetunion durch die politische Lösung der Krise in Polen bewahrt worden war. Zugleich ist es im Lichte der Geschichte des „polnischen Oktobers“, der ebenfalls als „revolutionär“ bezeichnet wurde, kein Wunder, dass die Ereignisse in Polen und Ungarn miteinander verknüpft waren.

Aufruf an die Ungarn

Die im Laufe der politischen Veränderungen in Polen im Herbst 1956 neu gewählte kommunistische Parteiführung – insbesondere Władysław Gomułka, ihr an die Macht zurückgekehrter „erster Mann“ – verfolgte die ungarischen Geschehnisse mit größter Aufmerksamkeit. Neben den aus Budapest eintreffenden Nachrichten übte auch die öffentliche Meinung in Polen, die eine vollständige Übereinstimmung zwischen der ungarischen und der „polnischen Revolution“ vermutete und bereits mit massenhaften Blutspenden den „ungarischen Brüdern“ zu Hilfe eilte, Druck auf die noch kraftlose Warschauer Parteiführung aus. Diese hatte sich auf den Weg tief greifender Reformen begeben und suchte dafür nach Unterstützung und Verbündeten in den anderen Ländern des Sowjetblocks, in dem damals aber noch die „stalinistische Linie“ vorherrschte. Einen Verbündeten glaubte sie nun in Ungarn gefunden zu haben. Die ungarische Revolution sorgte für eine „Verteilung“ des starken politischen, teilweise auch militärischen Drucks aus Moskau, der bislang nur die Polen getroffen hatte, auf beide Länder. Dies war für die Polen von

Vorteil, da sie so die unausweichlichen Veränderungen – etwa die Ablösung des sowjetisch-polnischen Marschalls Konstantin Rokossowski vom Posten des Ministers für Nationale Verteidigung sowie die Zurückbeorderung der sowjetischen Offiziere und Militärberater – leichter durchführen konnten.

Nachdem die polnische Führung aufgrund der Flut einander widersprechender Nachrichten über die Situation in Ungarn bzw. ihrer eigenen Orientierungslosigkeit in den Tagen nach dem 23. Oktober keine Stellungnahme abgegeben hatte, beschloss das Politbüro der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) auf seiner Sitzung am 28. Oktober, einen Aufruf an die ungarische Nation zu richten. Die polnische Führung konnte zu diesem Zeitpunkt nicht mehr länger schweigen, weil das Zentralorgan der PVAP „Trybuna Ludu“ und daraufhin auch die Organe in den einzelnen Woiwodschaften mit Genehmigung der zuständigen Organe oder unter Ausnutzung der damals herrschenden vollständigen Ohnmacht der Zensur in ihren Leitartikeln den ungarischen Aufstand begrüßten bzw. sich zu den dortigen Ereignissen bekannten. Ein Aufruf der Parteispitze konnte sich vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die polnische Führung viele Gemeinsamkeiten mit den Veränderungen in Ungarn erblickte, positiv auf die Konsolidierung der ungarischen Revolution und damit mittelbar auch auf die Situation in Polen auswirken.

Adam Willman, der polnische Botschafter in Budapest, erhielt am 28. Oktober die Anweisung aus Warschau, den Aufruf sofort übersetzen zu lassen, weil er in den ungarischen Zeitungen am nächsten Tag erscheinen müsse.¹⁵ Außerdem übergab der Botschafter das polnische Original und den ungarischen Text an den an die Spitze der Partei der Ungarischen Werktätigen (MDP) berufenen János Kádár sowie an Imre Nagy, den Ministerpräsidenten der Revolution. Beide baten daraufhin Willman, den Führern der polnischen Bruderpartei ihren „heißen Dank“ für die große Hilfe zu übermitteln. Am 29. Oktober publizierten alle polnischen Tageszeitungen und das ungarische Zentralorgan „Szabad

¹⁵ OHA, Interview Nr. 571 mit Adam Willman, damals polnischer Botschafter in Budapest, durchgeführt von János Tischler, 1991.

Nép“ (Freies Volk) den Aufruf der PVAP an die ungarische Nation, der von Gomulka und Ministerpräsident Józef Cyrankiewicz unterschrieben war. In diesem drückten sie ihr Bedauern über das Blutvergießen und die schweren Zerstörungen in Budapest aus und riefen die Ungarn auf, den „brudermörderischen Kampf“ so schnell wie möglich einzustellen. Anschließend hieß es: „Wir kennen das Programm der ungarischen nationalen Regierung, das Programm der sozialistischen Demokratie, der Erhöhung des Wohlstandes, der Bildung von Arbeiterräten, des Abzugs der sowjetischen Truppen aus Ungarn und der sowjetisch-ungarischen Freundschaft auf der Basis des Lenin’schen Prinzips der Gleichberechtigung. Es steht uns fern, in Eure inneren Angelegenheiten einzugreifen. Wir sind aber der Meinung, dass dieses Programm den Interessen des ungarischen Volkes und des gesamten Friedenslagers entspricht. (...) Wir stehen beide auf ein und derselben Seite – auf der Seite von Freiheit und Sozialismus. (...) Es herrsche Frieden in Ungarn, die Einheit von Frieden und Volk, die Ihr so notwendig habt, um das umfassende Programm der Demokratisierung, des Fortschritts und des Sozialismus, das sich Euere nationale Regierung zum Ziel gesteckt hat, zu verwirklichen.“¹⁶

Besonders auffällig am Appell der polnischen Parteiführung ist der Satz, in dem sie den Abzug der sowjetischen Truppen aus Ungarn begrüßte, während sie einen solchen Schritt für Polen für unvorstellbar hielt. Auf entsprechende Forderungen konnte Gomulka Ende Oktober nur antworten, dass die geopolitische Situation Ungarns eine völlig andere sei als die Polens und dass diejenigen, die einen sowjetischen Abzug auch aus Polen forderten, der inneren und äußeren Reaktion – die beabsichtige, die Situation zu ihren Gunsten auszunutzen – in die Hände spielen würden. Es sollte noch einige Tage dauern bzw. einige besonders bedeutungsvolle Geschehnisse erfordern, bis Gomulka die passende, später lange Jahre angewandte Formel von den „polnischen Staatsinteressen“ fand.

Am Abend des 29. Oktober besuchte Gomulka die Technische Universität in Warschau, die während der Tage des „polnischen Oktobers“ durch außerordentliche Aktivitä-

¹⁶ Szabad Nép vom 29. 10. 1956.

ten geprägt gewesen war. Die Studenten fragten ihn, ob es nicht notwendig sei, als Ausdruck der Solidarität gegenüber den Ungarn in Polen nationale Trauer anzuordnen. Gomułka verwarf dies und erklärte, dass das, was sich zur Zeit in Ungarn ereigne, letztlich als ruhmreiches und glückliches Ereignis in die ungarische Geschichte eingehen werde, und Polen – abgesehen davon, dass es den Ungarn wegen der erlittenen menschlichen und materiellen Verluste sein Mitgefühl ausdrücke – sich darüber freue, dass die Ungarn die Ketten der Knechtschaft und Sklaverei abgeschüttelt hätten. Auch werde man entsprechend seiner Möglichkeiten Hilfe leisten.¹⁷

Die Antwort schien die Studenten zu befriedigen. Dass es sich bei Gomułkas Worten nicht um Phrasen handelte, bewiesen nicht nur die Ereignisse der vorangegangenen, sondern auch die der folgenden Tage, als die Parteiführung – „gemäß ihren Möglichkeiten“ – darum bemüht war, Ungarn politische Hilfestellung zu leisten. Sie ließ zu, dass die polnische Presse objektiv und umfassend über die ungarische Revolution berichtete und dass Schriften, Aufrufe und Telegramme, die Zustimmung zu den Ereignissen zum Ausdruck brachten, veröffentlicht wurden. Stillschweigend nahm die Parteiführung pro-ungarische Solidaritätsveranstaltungen und -demonstrationen zur Kenntnis. Zur größten Straßenkundgebung kam es in der Stadt Olsztyn, wo zehntausend Menschen demonstrierten und die Teilnehmer den dortigen „Platz der Roten Armee“ in „Platz der Ungarischen Aufständischen“ umbenannten. In Wrocław wurde am Rathaus auf dem Hauptplatz eine ungarische Fahne mit schwarzem Trauerflor gehisst. Gleiches geschah auch in der größten Fabrik der Stadt. Dort „rissen die Fabrikarbeiter den roten Stern herab und hissten an seiner Stelle die polnische und die ungarische Fahne“. Die Behörden verhinderten auch nicht die von der polnischen Gesellschaft freiwillig organisierten, sich auf das gesamte Land erstreckenden Hilfsaktionen (Blutspenden, Sammlung von Geld, Lebens- und Arzneimitteln) zugunsten der „ein tragisches Schicksal erleidenden und um ihre Freiheit kämpfenden un-

garischen Brüder“. Diese Hilfe war die erste und umfassendste ausländische Unterstützung in den Tagen der ungarischen Revolution.

Zur gleichen Zeit, am 28. Oktober 1956, machte sich eine Delegation im Auftrag von Gomułka auf den Weg nach Budapest, um sich Informationen aus erster Hand zu beschaffen. Darüber hinaus hatte sie die Aufgabe, sich darum zu bemühen, einen weiteren „Rechtsrutsch“ der Revolution zu verhindern und Nagy und Kádár dazu zu bewegen, weiteren Veränderungsprozessen Einhalt zu gebieten. Dieser Besuch bot darüber hinaus eine günstige Gelegenheit, der neuen ungarischen Führung die Unterstützung Polens zu versichern und eindeutig zu verurteilen, dass der abgesetzte Parteichef Ernő Gerő sowjetische Truppen „zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung“ zu Hilfe gerufen hatte. Die Delegation setzte sich aus dem stellvertretenden Außenminister Marian Naszkowski und dem ZK-Kandidaten Artur Starewicz zusammen. Diese führten noch am selben Tag Gespräche mit Mitgliedern der ungarischen Führung, vor allem mit Nagy und Kádár. Über das Treffen schickte die polnische Seite einen mehrseitigen, verschlüsselten Bericht an Gomułka. Dieses geheime Telegramm enthielt eine ungeschminkte Lageanalyse der ungarischen Gesprächspartner. Wie die Delegation berichtete, „konnte niemand aus der Parteiführung uns auch nur ein Zentrum der Reaktion nennen, ja nicht einmal Fakten, die in der Hauptstadt von einem dezidiert antikomunistischen und antisozialistischen Charakter der Volksbewegung zeugten“. Zugleich stimmten die ungarischen Führer aber darin überein, dass „jeder Tag und jede Stunde, in der die Kämpfe fortgesetzt werden, unweigerlich dazu führen müssen, dass sich der reaktionäre und antikommunistische Abschaum an die Spitze der Aufstandsbewegung stellt“.

Aufgrund dessen, was sie in Budapest gesehen hatten, konnten sich die beiden Mitglieder der polnischen Führung davon überzeugen, vor welcher Katastrophe die unblutige Lösung der – kurze Zeit zuvor ausgebrochenen – polnischen Krise ihr Land und ihre Partei bewahrt hatte. Denn sie waren sich im Klaren darüber, dass im Falle eines Einzugs sowjetischer Truppen in Warschau ein Aufstand mit elementarer Gewalt ausgebrochen

¹⁷ Vgl. Marcin Kula, Paryż, Londyn i Waszyngton patrząna październik 1956 r. w Polsce [Paris, London und Washington blicken auf Polen im Oktober 1956], Warschau 1992, S. 140.

wäre, dem die PVAP nicht hätte Herr werden können. Eine bewaffnete Auseinandersetzung auf polnischem Boden hätte wahrscheinlich die gerade verheilten Wunden, die den Polen von der Sowjetunion während des Zweiten Weltkriegs zugefügt worden waren, wieder aufgerissen.

Am 29. Oktober trafen sich Starewicz und Naszkowski in der sowjetischen Botschaft mit den sowjetischen Spitzenfunktionären Anastas Mikojan und Michail Suslow, die sich aber über ihre Absichten nicht eindeutig äußern konnten oder wollten. Sie stellten lediglich fest, dass nun alles davon abhängt, ob es der Regierung Nagy gelinge, die Ereignisse unter Kontrolle zu bringen.⁸ Die beiden Gesandten kehrten am 30. Oktober nach Warschau zurück und berichteten noch am selben Tag auf der Politbürositzung. Mindestens genauso bedeutsam war, dass sie es für wichtig hielten, die Öffentlichkeit zu informieren. Starewicz stellte sich den Fragen eines Reporters des Polnischen Radios. Bei seiner Antwort auf die Frage, was er in Ungarn gesehen habe, legte er als Fazit die Überzeugung dar, dass die Verwirklichung des Programms der Nagy-Regierung nach dem Abzug der sowjetischen Truppen aus Budapest beginnen könne.⁹

Die polnische „Sondermeinung“

Am Vormittag des 1. November 1956 trafen sich Chruschtschow, Malenkov und Molotow in Brest an der sowjetisch-polnischen Grenze mit einer von Gomulka geführten polnischen Delegation. Die sowjetische Seite informierte die Polen über die bevorstehende militärische Intervention in Ungarn, die am 31. Oktober in Moskau beschlossen worden war. Da die Polen es nicht ohne Vorbehalte akzeptieren konnten, dass eine derartige Krise – wie die ungarische oder die zehn Tage zuvor ausgebrochene polnische – mittels der

⁸ Vgl. János Tischler, Lengyel szemmel 1956-ról. Interjú Artur Starewiczsel, a LEMP KB Sajtóirodájának egykori vezetőjével [Über 1956 aus polnischer Perspektive. Interview mit Artur Starewicz, damaliger Leiter des Pressebüros der PVAP], in: Múltunk, 37 (1992) 2–3, S. 278–279.

⁹ Archiwum Polskiego Radia i Telewizji [Archiv des Polnischen Radios und Fernsehens], Polityczne Nagrania Archiwalne [Archiv Politische Aufnahmen], 4351/3, Muzyka i Aktualności [Musik und Aktuelles], 30. 10. 1956.

militärischen Kraft einer fremden Macht „erledigt“ werde, brachten sie ihre „Sondermeinung“ zum Ausdruck, nach der es sich bei den Ereignissen in Ungarn um eine innere Angelegenheit handele und eine Intervention daher nicht zulässig sei. Sie stimmten aber auch der sowjetischen Ansicht zu, dass in Ungarn ernsthaft die Gefahr einer Konterrevolution bestehe.¹⁰ Als Argument gegen eine Intervention führten sie weiter an, dass die Sowjetunion in Ungarn mit einem langwierigen Partisanenkrieg rechnen müsse. Schließlich mussten die Polen mangels einer Alternative die sowjetische Entscheidung zur Kenntnis nehmen, sahen es aber als wichtig an, ihre „Sondermeinung“ öffentlich zum Ausdruck zu bringen.

Die sowjetische Haltung in Brest spielte Gomulka einen Trumpf in die Hand, weil er von da an seine politischen Überzeugungen ohne Taktieren und unter Berufung auf die „Interessen des polnischen Staates“ eindeutig vertreten konnte. Diese schlossen die Anwesenheit sowjetischer Truppen, die Mitgliedschaft des Landes im Warschauer Pakt sowie die Unveränderbarkeit der 1945 neu gezogenen polnischen Grenzen ein. Gomulka konnte so die polnische Gesellschaft damit erpressen, dass die Nichtbeachtung oder Verletzung der „Interessen des polnischen Staates“ Polen einem ähnlich tragischen Schicksal wie Ungarn ausliefern würde. Daher sei es die einzig richtige Lösung, wenn sich das Volk in einer derart gefährvollen internationalen Situation hinter die PVAP stelle.

Die Formulierung „Interessen des polnischen Staates“ findet sich erstmals im Aufruf der PVAP an die polnische Nation vom 1. November 1956. In diesem Appell ist auch die „Sondermeinung“ zu finden, die die Polen am Vormittag jenes Tages in Brest gegenüber Chruschtschow zum Ausdruck ge-

¹⁰ Die sowjetische Delegation schickte aus Brest eine telefonische Nachricht über das Treffen nach Moskau, laut der „keine vollständige Übereinkunft erzielt wurde“. Die Polen würden die Meinung vertreten, dass es sich um eine innere Angelegenheit Ungarns handle und eine Intervention nicht zulässig sei. Allerdings breite sich auch ihrer Meinung nach die Reaktion in Ungarn aus. Vgl. Vjacseszlav Szereda/János M. Rainer (Hrsg.), Döntés a Kremlben, 1956. A szovjet pártelnökség vitái Magyarországról [Entscheidung im Kreml 1956. Die Diskussionen über Ungarn innerhalb des sowjetischen Parteipräsidiums], Budapest 1996, S. 66.

bracht hatten. Die Bedeutung des Treffens belegt der Umstand, dass sich wenige Stunden später alle Mitglieder des Politbüros der PVAP – einschließlich der „Brester Drei“ – versammelten, um die neue Entwicklung in Ungarn zu diskutieren. Das Politbüro beriet über die „politische Lage in Ungarn und die Angelegenheit des Einmarsches sowjetischer Truppen“ und traf „eine verurteilende Stellungnahme in der Sache der bewaffneten Intervention der Sowjetunion in Ungarn“. Im Beschluss zur Tagesordnung stand auch, dass der Standpunkt der Partei im Aufruf an die polnische Nation veröffentlicht werden müsse, wonach „in Ungarn das ungarische Volk für den Schutz und die Erhaltung der Volksmacht und der Errungenschaften des Sozialismus zu sorgen habe und diese Frage nicht durch eine äußere Intervention zu lösen sei“.

Zur Formulierung des Appells, dessen Ziel es war, „kaltes Wasser auf die überhitzten polnischen Köpfe zu gießen“ (zu jenem Zeitpunkt erreichten die Sympathieerklärungen für die Ungarn in der polnischen Gesellschaft ihren Gipfel), wurde ein Redaktionsausschuss unter Leitung des Politbüromitglieds Jerzy Morawski eingesetzt und der Text nach Zustimmung Gomulka am folgenden Tag in den polnischen Zeitungen veröffentlicht.¹¹ Der sich auf Ungarn beziehende Abschnitt verurteilte die frühere ungarische Parteiführung, die sich dem Willen der Arbeiterklasse und der Mehrheit der Nation widersetzt und, anstelle eine Demokratisierung eingeleitet zu haben, am 23. Oktober sowjetische Truppen zu Hilfe gerufen habe. Anschließend wurde die wachsende reaktionäre und konterrevolutionäre Gefahr betont, auf den chaotischen Charakter der Situation in Ungarn verwiesen sowie die Selbstjustiz „reaktionärer Banden“ und die bestialische Ermordung von Kommunisten erwähnt. Die reaktionären Kräfte, die Ungarn in Richtung einer Katastrophe treiben würden, wurden entschieden verurteilt. Zugleich brachte der Aufruf die Hoffnung zum Ausdruck, dass die ungarische Arbeiterklasse und die werktätigen Massen in der Lage sein würden, sich zu vereinigen und das „reaktionäre Attentat“ abzuwehren. Des Weiteren wurde dem auf der Politbürosit-

zung formulierten Beschluss über die Ablehnung ausländischer Interventionen Platz eingeräumt.

Es folgte die Feststellung, dass die sowjetische Armee aufgrund des Potsdamer Abkommens zur Sicherung der Nachschublinien ihrer Truppen in der DDR auf polnischem Gebiet stationiert sei. Dementsprechend sei ein Abzug aus Polen erst vorstellbar, wenn ein Friedensvertrag mit Deutschland zustande gekommen sei oder alle vier Großmächte ihre Truppen aus Deutschland zurückgezogen hätten. Neben der Sicherung der Nachschubwege schütze gerade die Präsenz sowjetischer Truppen in Polen die polnische Westgrenze vor deutschen Revisionsgelüsten. Die Bedingungen und Umstände des sowjetischen Aufenthalts seien in Zukunft durch angemessene rechtliche Formen, über die die polnische Führung ein Abkommen mit der sowjetischen Regierung schließen werde, zu regeln. In Kenntnis der internationalen Verhältnisse stehe die Forderung nach einem sowjetischen Truppenabzug in Widerspruch zu den fundamentalen Interessen des polnischen Staates. Die gegenwärtige Phase erfordere nicht Demonstrationen und Versammlungen, sondern Ruhe, Disziplin und Verantwortungsbewusstsein: „Das ist der wichtigste Befehl des Augenblicks.“

Trotz aller Anzeichen für den Beginn der bewaffneten sowjetischen Intervention in Ungarn richtete das polnische Außenministerium am 2. November die Weisung an Botschafter Willman, er solle auf die Bitte von Nagy um Hilfeleistung vom Vortag antworten, dass die polnische Führung hoffe, der im Aufruf der PVAP formulierte offizielle Standpunkt Warschaus, nach dem „in Ungarn das ungarische Volk für den Schutz und die Erhaltung der Volksmacht und der Errungenschaften des Sozialismus zu sorgen habe und diese Frage nicht durch eine äußere Intervention zu lösen sei“, stelle eine Hilfe für Ungarn dar.

Am Abend des 2. November erreichte ein verschlüsseltes Telegramm von Willman die polnische Hauptstadt. Darin bat die ungarische Regierung, Polen solle zustimmen, dass in Warschau zwischen Regierungsdelegationen Ungarns und der Sowjetunion über die Regelung der Beziehungen und die Frage der Stationierung sowjetischer Truppen in Un-

¹¹ OHA, Interview Nr. 473 mit Jerzy Morawski, damals Mitglied des Politbüros der PVAP, durchgeführt von János Tischler, 1991.

garn verhandelt werde. Es war offensichtlich, dass die Diskussion dieser Frage auf ungarischer Seite die Forderung nach dem Abzug der sowjetischen Armee vorsah; eine Forderung, die die Führung der PVAP hinsichtlich Polens kaum einen Tag zuvor erneut, für jedermann unmissverständlich und prinzipiell verworfen hatte. Die polnische Führung antwortete innerhalb von anderthalb Stunden: Wenn es für beide Seiten akzeptabel sei, dann stimme die polnische Regierung zu. Wenn der Zeitpunkt der Verhandlungen vereinbart sei, wolle man auch die Öffentlichkeit informieren. Indem das Politbüro der PVAP auf diese Weise der Bitte der ungarischen Regierung Genüge leistete, brachte es erneut die „Brester Sondermeinung“ zur Geltung.

In der Nacht auf den 4. November traf ein Telegramm von Willman ein, in dem der polnische Botschafter über sein Gespräch mit Nagy am frühen Nachmittag des 3. Novembers berichtete. Trotz der immer aussichtsloser erscheinenden Lage versuchte Nagy jede Möglichkeit wahrzunehmen, um die politische Situation zu entspannen. Da er annahm, dass Erzbischof József Mindszenty¹² „in reaktionärem Geiste auftreten“ könnte, bat er die polnische Regierung, beim wieder in sein Amt eingesetzten Kardinal Stefan Wyszyński zu erreichen, dass das Oberhaupt der polnischen Kirche „angemessenen Einfluß auf Mindszenty im Interesse der Verringerung der Spannungen in Ungarn ausübe“.¹³ Der nächste Akt der „ungarischen Tragödie“, die am frühen Morgen des 4. November beginnende (zweite) sowjetische Intervention zur endgültigen Niederschlagung der ungarischen Revolution, machte auch diese Bitte gegenstandslos.

¹² Der konservativ-monarchistisch gesinnte Mindszenty war Ende 1948 als „Gegner des Kommunismus“ verhaftet und zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Im Zuge der Revolution kam er im Oktober 1956 wieder frei.

¹³ Der Pragmatismus von Kardinal Wyszyński, der gerade aus mehrjährigem Hausarrest entlassen worden war, zeigte sich im Herbst 1956 daran, dass er sich – im Bewusstsein der Interessen des Landes und der Notwendigkeit der Bewahrung des sozialen Friedens – auf die Seite von Gomułka stellte. Wyszyński neigte immer, wenn die Lage es erforderte, zu einer Übereinkunft mit der kommunistischen Macht, ohne jedoch seine Grundprinzipien aufzugeben. Dieser flexiblen, gleichzeitig aber auch entschiedenen Politik ist es zu verdanken, dass die katholische Kirche immer eine bedeutende Kraft gegenüber der Führung der PVAP blieb.

Gomułka hielt aus eigenem Interesse eine Loslösung Ungarns aus der sowjetischen Interessensphäre für unzulässig, er konnte aber die sowjetische Intervention zur Niederwerfung der ungarischen Revolution nur schwer billigen. Dies lag unter anderem daran, dass Polen zwei Wochen zuvor ebenfalls der Gefahr einer militärischen Intervention entgegengeblickt hatte und zudem im Aufruf der PVAP an die ungarische Nation vom 28. Oktober das bewaffnete Auftreten der Sowjets in Budapest wenige Tage zuvor eindeutig verurteilt worden war. Die Veränderungen in Polen hatten zur Zeit des 8. Plenums des ZK der PVAP vom 19. bis 21. Oktober ihren Höhepunkt erreicht. Von da an bemühte sich die noch schwache neue Parteilührung darum, die gespannte Situation im Lande zu beruhigen und ihre eigene Position zu stabilisieren.

Gomułka nahm alles, was Chruschtschow am 19. und 20. Oktober in Warschau gesagt hatte, für bare Münze. Er war sich aber auch darüber im Klaren, dass die PVAP alleine, trotz der tatsächlichen – wie sich später herausstellte, nur vorübergehenden – Massenunterstützung, die sie damals genoss und die in der Geschichte der „volksdemokratischen“ Länder einzigartig war, ohne die militärische Präsenz der Sowjetunion nicht in der Lage sein würde, ihre Alleinherrschaft zu bewahren. Diesen Umstand wollte er in einem polnisch-sowjetischen Vertrag mit rechtlichen Garantien regeln. (Ein derartiger Vertrag wurde schließlich Mitte November 1956 in Moskau unterzeichnet.) Außerdem war es eine Tatsache, dass alleine die Sowjetunion Garant der neuen, 1945 in Potsdam gezogenen polnischen Westgrenze war, und dass – abgesehen von aller offiziellen Propaganda – damals zweifellos in Deutschland territoriale Revisionsansprüche existierten, die für Polen eine Bedrohung darstellten. Diese Gefahr sowie die blutige Niederschlagung der ungarischen Revolution nutzte Gomułka im Herbst und Winter 1956 dazu, um seine Herrschaft zu konsolidieren. Es ging ihm in erster Linie darum, die vom östlichen Nachbarn gewährte „Unabhängigkeit“ zu bewahren und so weit wie möglich auszuweiten, die Überreste der Stalin-Zeit zu beseitigen sowie dem sozialistischen Aufbau in Polen – unter dem Motto des „polnischen Wegs zum Sozialismus“ – nationalen Charakter zu verleihen.

So beschränkte sich Gomułka am 4. November im Wesentlichen darauf, zu betonen, vollendete Tatsachen müssten zur Kenntnis genommen werden. Aufgrund dessen beschloss das sich nur wegen der „ungarischen Angelegenheit“ versammelnde Politbüro der PVAP noch am Abend desselben Tages, dass der polnische Vertreter bei den Vereinten Nationen gegen den amerikanischen Beschlussentwurf, der die sowjetische Intervention verurteilte, Position zu beziehen habe.

Distanz zur Kádár-Regierung

Im Dezember 1956 verfestigte sich der offizielle polnische Standpunkt hinsichtlich der Beurteilung der Ereignisse in Ungarn. Die Position setzte sich aus zwei Komponenten zusammen. Im ersten Teil wurde die Notwendigkeit der sowjetischen Intervention vom 4. November – auch wenn das Eintreten dieses Ereignisses „zutiefst bedauert“ wurde – in keiner Weise bestritten. Die Parteiführung war der Meinung, dass die Intervention ein unvermeidbares Übel gewesen sei. Sie habe verhindert, dass die „Reaktion“ in Ungarn an die Macht gelangt sei, weil dies für alle sozialistischen Länder eine riesige Gefahr bedeutet hätte. Der zweite Teil der Beurteilung war derjenige, durch den sich die polnische Führung klar von den anderen Staaten des Sowjetblocks unterschied. Während Letztere die ungarischen Ereignisse fast ausschließlich der „äußeren und inneren Reaktion“ zuschrieben, stellte nach polnischer Meinung die Explosion in Ungarn das traurige Ergebnis der verbrecherischen und verzerrten Politik des bis Sommer 1956 amtierenden Generalsekretärs Mátyás Rákosi dar, der sich selbst als „bester ungarischer Schüler Stalins“ bezeichnet hatte. Der „Zunder“ für diese Entwicklung habe sich also im Laufe von Jahren angehäuft. Die anderen Bruderparteien sahen die Verantwortung hingegen ausschließlich bei systemfeindlichen Gruppen, also bei äußeren Faktoren, und lehnten jedes Eingeständnis von Fehlern der kommunistischen Partei bzw. Parteien grundsätzlich ab.¹⁴

¹⁴ Gomułka brachte diesen offiziellen Standpunkt – mit unwesentlichen Veränderungen – auf den im Dezember 1956 abgehaltenen Parteiaktivisten-Sitzungen in Warschau und in den Woiwodschaften, die zur Diskussion der neuen Politik nach dem 8. Plenum der

Obwohl Gomułka die politischen Schritte von Nagy in den ersten Novembertagen – insbesondere den Austritt aus dem Warschauer Pakt – scharf verurteilte, so beanstandete er doch entschieden die Absicht, den ungarischen Ministerpräsidenten und seine Weggefährten zur Verantwortung zu ziehen. Im Mai 1957 entschloss er sich zu einer Aktion, die kaum ein anderer kommunistischer Parteiführer unternommen hätte: Er intervenierte bei Chruschtschow. Zu diesem Schritt veranlasste Gomułka nicht etwa politische Übereinstimmung mit Nagy (er hielt ihn vielmehr für einen „Revisionisten“), sondern die Furcht vor einer Rückkehr zu alten politischen Praktiken, also der unter Stalin üblichen Methoden der physischen Vernichtung politischer Gegner, der auch er selbst beinahe zum Opfer gefallen wäre.

Fast gleichzeitig mit der Verkündung des Kampfes gegen den ideologischen Revisionismus durch die Führung der PVAP erreichte Warschau ein geheimes verschlüsseltes Telegramm aus Budapest von Willman. Daraus ging hervor, dass Nagy nach Budapest zurückgebracht worden sei und Vorbereitungen für einen Prozess getroffen würden.¹⁵ Eine Woche später reiste eine polnische Delegation unter Führung von Gomułka und Cyrankiewicz unter Vermeidung öffentlichen Aufsehens nach Moskau, um Fragen, die in Zusammenhang mit dem sowjetisch-polnischen Vertrag vom November 1956 noch offen oder strittig waren, zu klären. Im Zuge der Verhandlungen brachte der polnische Erste Sekretär fast beiläufig die Angelegenheit von Imre Nagy zur Sprache. Gegen den anstehenden Prozess argumentierte er mit dessen politischer Schädlichkeit und der zu erwartenden internationalen Entrüstung und hob hervor, dass „Nagy mit aller Sicherheit kein imperialistischer Agent“ gewesen sei. Aufgrund von Chruschtschows ablehnender Haltung versuchte Gomułka den ehemaligen ungarischen Ministerpräsidenten zudem noch mit dem Argument zu schützen, dass er, wenn er tatsächlich ein Verräter gewesen sei, alleine wohl kaum in der Lage gewesen wäre, die

PVAP einberufen worden waren, bei jeder Gelegenheit zum Ausdruck.

¹⁵ Vgl. János Tischler, Egy 1957. májusi lengyel követjelentés Budapestről [Ein polnischer Botschafterbericht aus Budapest vom Mai 1957], in: Népszabadság vom 13. 2. 1993.

Entwicklung zu steuern und in allen Fragen Entscheidungen zu treffen. (Cyrankiewicz bemerkte, dass im Falle eines Sieges der Konterrevolution wohl auch Nagy hingerichtet worden wäre.) Doch die Intervention blieb ohne Ergebnis. János Kádár, der von Moskau zum Ministerpräsidenten bestimmt worden war, wurde nach diesem Vorstoß, sollte er überhaupt Zweifel über die Position der polnischen Führung gehabt haben, von der negativen polnischen Haltung in Kenntnis gesetzt. Mikojań, Teilnehmer des polnisch-sowjetischen Treffens vom Mai 1957, teilte Kádár die von Gomulka gegenüber Chruschtschow zum Ausdruck gebrachten Auffassungen mit.¹⁶ Kádárs Missbilligung wurde noch dadurch gesteigert, dass die polnische Führung nicht nur im Interesse Nagys intervenierte (noch dazu in Moskau und nicht in Budapest), sondern auch seiner Einladung nach Budapest nicht folgte. Dieses Verhalten konnte Kádár durchaus als Zeichen dafür auffassen, dass ihn Gomulka nicht für eine „selbstständig“ handelnde Persönlichkeit hielt.

Die offizielle Haltung Polens gegenüber der Kádár-Regierung wich von dem ab, was hinter den Kulissen geschah. Seit November 1956 hielt es die polnische Außenpolitik in Hinblick auf Ungarn – zuerst ohne ausgearbeitete Konzeption – für ihre wichtigste Aufgabe, unter Verzicht auf eine Bewertung der ungarischen Ereignisse mittels wirtschaftlicher Hilfe und internationaler politischer Unterstützung zur Festigung der Position der Kádár-Führung beizutragen. Dementsprechend traf sie – auf Drängen der ungarischen Regierung und trotz der schwierigen Wirtschaftslage in Polen – am 24. November 1956 die Entscheidung, Budapest eine nicht zurückzuzahlende Hilfe in Form von Waren in Höhe von 100 Millionen Złoty zu gewähren. Gleichzeitig sprach sich die Führung der PVAP dafür aus, auf der Ebene der offiziellen polnisch-ungarischen Beziehungen Abstand zu halten. Damit machte sie der Kádár-Regierung unmissverständlich deutlich, dass sie mit der gnadenlosen Vergeltungspolitik der im Dezember 1956 von Kádár als Nachfolgerin

der MDP gegründeten Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP) und mit dem von ihr praktizierten Terror gegen die Akteure der Revolution nicht einverstanden war. Kádár musste anderthalb Jahre warten, bis Gomulka zu einem offiziellen Staatsbesuch nach Ungarn kam.

Epilog 1958

Die Hinrichtung von Imre Nagy und seiner Weggefährten im Juni 1958 führte in Warschau zu tiefer Bestürzung. Gomulka musste glauben, Kádár habe ihn hereingelegt, und sprach von niederträchtigem Mord.¹⁷ Nach damaligen Gerüchten hatte er bei seinem Besuch im Mai 1958 von Kádár das Versprechen erhalten, dass, wenn es einen Prozess gebe, keinesfalls Todesurteile gefällt würden. Die PVAP billigte weder den Prozess gegen Nagy noch die Methode, nach der dieser abließ, und verurteilte die Ereignisse intern. Trotzdem wollte sie keinesfalls in Gegensatz zu den übrigen Ländern des Sowjetblocks geraten.

Der Sommer 1958 war schon weit vom Herbst 1956 entfernt. In seiner Danziger Rede am 28. Juni 1958 ließ Gomulka keinen Zweifel offen und machte sich – im Zeichen des „politischen Pragmatismus“ – nun ganz den offiziellen ungarischen Standpunkt bezüglich des Nagy-Prozesses zu Eigen. Die Führung der PVAP glaubte, dass mit der Danziger Rede die Frage der Beurteilung der ungarischen Revolution von 1956 erledigt sei. Sie wartete aber vergeblich darauf, dass die Menschen in Polen die Ereignisse vergessen würden.

Als es im Oktober 1981 in Polen zu einer Wiedererweckung der Ereignisse in Ungarn 25 Jahre zuvor kam, wurden jene dazu benutzt, die Gewerkschaft *Solidarność* und die polnische Gesellschaft mit dem Hinweis auf die blutige Niederschlagung der ungarischen Revolution abzuschrecken.

¹⁶ Vgl. Magdolna Baráth/Zoltán Ripp (Hrsg.), *A Magyar Szocialista Munkáspárt ideiglenes vezető testületeinek jegyzőkönyvei* [Protokolle der provisorischen Führungsgremien der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei], Bd. 4, Budapest 1994, S. 260.

¹⁷ OHA, Interview Nr. 572 (Anm. 3).

Reformdebatten in der DDR

Das Jahr 1956 nimmt einen besonderen Platz in der europäischen Zeitgeschichte ein. Der vom 14. bis 25. Februar 1956 tagende XX. Parteitag der KPdSU rüttelte vorsichtig, doch unübersehbar an den ideologischen und politischen Eckpfeilern des osteuropäischen Machtgefüges.¹ Die Auswirkungen der in der Sowjetunion unter dem Verdikt „Personenkult“ vorgenommenen Demontage der Person Stalins brachten auch die Träger des sich seit 1945 in Ostdeutschland etablierenden Partei- und Gesellschaftsmodells in Bedrängnis. Die Abrechnung mit Stalin löste eine Debatte über das Sozialismusbild der herrschenden Partei aus, die auch in der DDR die Hoffnungen auf eine Entstalinisierung der SED und ihrer Herrschaft be-

Andreas Malycha

Dr. phil., geb. 1956; Historiker;
Fakultät für Erziehungswissenschaften, Technische
Universität Dresden;
Helene-Weigel-Platz 14,
12681 Berlin.
malycha@t-online.de

förderten. Viele Intellektuelle, die zuvor nicht mit systemkritischen Wortmeldungen aufgefallen waren, sahen die DDR 1956 am Scheideweg.

Eine tief greifende Systemkrise, wie es sie 1952/53 in der DDR gegeben hatte und wie sie nun in mehreren Ländern Osteuropas ausbrach, blieb in der DDR jedoch aus. Denn die Situation unterschied sich in mancherlei Hinsicht von der in Polen und Ungarn. Der Lebensstandard war deutlich höher als in den anderen osteuropäischen Staaten. Der 17. Juni 1953 hatte innerhalb der SED-Führung einen nachhaltigen Schock ausgelöst, der zu Korrekturen in der Herrschaftspraxis führte. Die Herrschaftskrise von 1952/53 zwang zu flexibleren Herrschaftsmethoden, ohne jedoch die Grundstrukturen des Gesellschafts-systems in Frage zu stellen.

Eine extreme „Klassenkampf“-Politik, die 1951 und 1952 zu gravierenden Einschnitten in die Lebensverhältnisse aller sozialen

Schichten geführt hatte, gab es danach nicht mehr. Die sozialen Folgen staatlicher Eingriffe in die Gesellschaftsstruktur erhielten im Rahmen des von der SED propagierten Neuen Kurses größeren Stellenwert. Nach 1953 verfolgte die politische Führung eine Politik der dosierten sozialen Zugeständnisse. Davon profitierten auch die Arbeiter, deren materielle Lebensumstände sich zu verbessern begannen.² Ferner wurde der Umfang der auch öffentlich sichtbaren, groben Rechtsverletzungen eingeschränkt, der nun vor allem in Ungarn massive Widerstände auslöste. Die soziale Unzufriedenheit der Intellektuellen hielt sich in Grenzen, denn die „Intelligenz“ genoss in der DDR eine materielle Förderung, wie sie bei den östlichen Nachbarn unbekannt war. In der DDR hatte sich infolgedessen weniger Zündstoff als in Ungarn oder Polen angestaut.

Ein wesentlicher Unterschied zur Lage in den anderen Ostblockländern bestand in der Möglichkeit, dem von der SED-Führung ausgehenden politischen und wirtschaftlichen Druck durch Abwanderung nach Westdeutschland auszuweichen. Eine solche Option stand der Opposition in Polen und Ungarn nicht in demselben Maße zur Verfügung. Hinzu kam der in der Bevölkerung herrschende und von der politischen Führung beförderte Glaube an eine Wiedervereinigung Deutschlands, welche die politischen und wirtschaftlichen Bedingungen auch im Osten grundsätzlich verändert hätte.

Gleichwohl hatte sich trotz dieser Unterschiede sowohl innerhalb der SED als auch unter parteifernen Intellektuellen eine reformwillige Strömung herausgebildet, die durch Korrekturen der Herrschaftspraxis einen „menschlichen Sozialismus“ etablieren wollte. Im Zentrum des Unwillens stand zunächst die Verhinderung der freien Meinungsäußerung. Denn das Recht auf ungehinderten Meinungsstreit konnte unter den von der SED diktierten politischen Rahmenbe-

¹ Vgl. Hans Henning Hahn/Heinrich Olschowsky (Hrsg.), *Das Jahr 1956 in Ostmitteleuropa*, Berlin 1996; Winfried Heinemann/Norbert Wiggershaus (Hrsg.), *Das internationale Krisenjahr 1956*, München 1999; Jan Foitzik (Hrsg.), *Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa 1953–1956*, Paderborn 2001.

² Vgl. Peter Hübner, *Konsens, Konflikt und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945–1970*, Berlin 1995.

dingungen nicht einmal in Wissenschaft, Kunst und Kultur wahrgenommen werden.¹³

Der Beginn der intellektuellen Debatten

Der Rede Chruschtschows auf dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 fehlte jegliche Systemkritik. Es war jedoch zu erwarten, dass die mit ihr ausgelösten Erschütterungen eine Debatte über das Sozialismusbild der herrschenden Partei auslösen würden. Das politische Tauwetter, das sich in der Sowjetunion nach den Enthüllungen über die Verbrechen Stalins ausbreitete, bot auch in der DDR unangepassten Intellektuellen – etwa Manfred Bieler, Gerhard Zwerenz, Erich Loest – die Möglichkeit kritischer Stellungnahmen. Der Schock, der weite Teile der SED nach der Demontage Stalins erfasste, ging insbesondere bei marxistisch und sozialistisch orientierten Intellektuellen, die vor 1945 politisch sozialisiert worden waren, in die Erwartung einer Reformdiskussion innerhalb der SED über.¹⁴

Die Debatte ging insbesondere von jüngeren Parteiintellektuellen aus, die im Herbst 1956 im Rahmen verschiedener Fachzeitschriften, im Aufbau-Verlag sowie in der kulturpolitischen Wochenzeitung „Sonntag“ eine intensive Reformdiskussion initiierten.¹⁵ Vergleichbare Diskussionen gab es im Kulturbund der DDR, dem der Schriftsteller Johannes R. Becher als Präsident vorstand. Becher war seit vielen Jahren mit dem ungarischen Philosophen Georg Lukács, der als Kulturminister der Reformregierung Imre Nagys angehörte, befreundet und über die Reformkonzepte ungarischer Marxisten bestens informiert.¹⁶ Die Schriften von Lukács spielten in den fünfziger Jahren unter Intellektuellen in der DDR eine große Rolle. Vor allem jüngere

Schriftsteller ließen sich von ihnen – durch die Beschäftigung mit seiner ästhetischen Theorie – zu kritischem Denken inspirieren. Symptomatisch für das beginnende Aufbegehren war die Forderung des Schriftstellers Heinz Kahlau auf dem im Juni 1956 tagenden zweiten Kongress junger Künstler in Chemnitz: „Die Kunst braucht die geistige Freiheit, die Kunst braucht Toleranz.“¹⁷

Walter Ulbricht blockierte zunächst jede Diskussion über gesellschaftspolitische Kursänderungen oder taktische Umorientierungen in der Folge des XX. Parteitages der KPdSU. Innenpolitische Konsolidierung angesichts der anhaltenden Abwanderung in Richtung Bundesrepublik und wirtschaftlich-technische Revolution“ genossen Priorität und sollten weder durch öffentliche noch durch interne Debatten gestört werden. Gleichwohl regte sich innerhalb der SED, wie bereits 1953, Unmut über den Führungsstil Ulbrichts als Parteichef. So prangerte das SED-Führungsmitglied Fred Oelßner Anfang Juli 1956 im Politbüro in ungewöhnlich polemischer Weise „das persönliche Regime“ Ulbrichts an, doch blieben personelle Konsequenzen in der Führung der Partei aus.¹⁸ Politbüro und Zentralkomitee der SED schienen zu Ulbricht keine Alternative zu finden. Erneut war es wie 1953 die Angst vor dem Verlust der Staatsmacht, die personelle und vor allem strukturelle Veränderungen verhinderte.

Im Sommer 1956 hatten auch andere Führungsmitglieder für Korrekturen auf verschiedenen Politikfeldern plädiert, so das Politbüromitglied Karl Schirdewan, der Chef der Staatssicherheit Ernst Wollweber, der stellvertretende Vorsitzende des Ministerrates Fritz Selbmann sowie das Mitglied des Sekretariats des ZK Gerhart Ziller.¹⁹ Doch als ernsthafte Reformbefürworter traten sie nicht auf, und innerhalb der SED-Führung waren solche auch nicht zu erwarten. Denn inzwi-

¹³ Vgl. Manfred Jäger, *Kultur und Politik in der DDR. 1945–1990*, Köln 1994.

¹⁴ Vgl. Eberhard Schulz, *Zwischen Identifikation und Opposition. Künstler und Wissenschaftler der DDR und ihre Organisationen von 1949 bis 1962*, Köln 1995.

¹⁵ Die kurze Phase der Liberalisierungsdebatten in der DDR und die anschließende Verketzerung ihrer Protagonisten in den Jahren von 1956 bis 1958 wird anschaulich beschrieben in: Jürgen Kuczynski, *Frost nach dem Tauwetter. Mein Historikerstreit*, Berlin 1993.

¹⁶ Vgl. Werner Mittenzwei, *Die Intellektuellen. Literatur und Politik in Ostdeutschland 1945–2000*, Leipzig 2001, S. 145.

¹⁷ Zitiert in: Hermann Glaser, *Deutsche Kultur 1945–2000*, Frankfurt/M. – Wien 1999, S. 274.

¹⁸ Vgl. Heike Amos, *Politik und Organisation der SED-Zentrale 1949–1963*, Münster 2003, S. 416–480.

¹⁹ Vgl. Karl Schirdewan, *Aufstand gegen Ulbricht. Im Kampf um politische Kurskorrektur, gegen stalinistische, dogmatische Politik*, Berlin 1994, S. 79 ff.; ders., *Ein Jahrhundert Leben. Erinnerungen und Visionen*, Berlin 1998, S. 252 ff.

schen hatten die Reformexperimente in Polen und Ungarn dazu geführt, dass die Macht der herrschenden Partei und mit ihr die Anwesenheit sowjetischer Truppen zur Disposition standen. Insbesondere in Ungarn stand das nach 1945 etablierte Herrschaftssystem durch den Beginn des bewaffneten Volksaufstandes im Oktober 1956 kurz vor dem Zusammenbruch. Nur die blutige Niederschlagung der Revolution durch sowjetische Truppen konnte die alten Machtverhältnisse stabilisieren.¹⁰ Das Beispiel Ungarn hatte den Herrschenden in der DDR vor Augen geführt, dass ein Reformprozess in der nachstalinistischen Phase rasch zur Infragestellung der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung, insbesondere der Herrschaft der Staatspartei, führen konnte. Die Angst im SED-Politbüro vor Reformen hatte eine rationale Grundlage. Die Politik der SED und die inneren Strukturen der Partei blieben daher unverändert. Das Politbüro ließ am 8. Juli 1956 im „Neuen Deutschland“ erklären, man sei bereit, auch weiterhin „Lehren zu ziehen“, „aber nicht, indem wir unseren Blick in der Hauptsache auf die Vergangenheit richten, sondern indem wir nach vorn schauen und vorwärts schreiten“. Diese Sprachregelung entsprach dem schließlich bis 1989 gültigen Muster, „Fehlerdiskussionen“ zu vermeiden.

Die Verweigerung der Führung, sich mit der etablierten Herrschaftspraxis auseinander zu setzen, und das Abblocken innerparteilicher Reformdebatten steigerten die Unzufriedenheit an der Parteibasis, insbesondere eines Teils der Intellektuellen in der SED. Unter dem Einfluss der Stalinismuskritik polnischer und ungarischer Marxisten wurden die Chancen für eine Parteireform und eine Liberalisierung der DDR erörtert. Zu Auslösern für ein intensiveres Nachdenken über gesellschaftspolitische Alternativen hatten sich bereits vor dem XX. Parteitag der KPdSU direkte persönliche Kontakte entwickelt. So besuchte beispielsweise Georg Lukács den IV. Deutschen Schriftstellerkongress im Januar 1956 in Ost-Berlin. Am Rande des Kongresses wurde auch über die Reformbedürftigkeit

¹⁰ Vgl. Laszlo Kiss/Heiner Timmermann (Hrsg.), Ungarn 1956: Reaktionen in Ost und West, Berlin 2000; András B. Hegedüs/Manfred Wilke (Hrsg.), Satelliten nach Stalins Tod. Der „Neue Kurs“. 17. Juni 1953 in der DDR. Ungarische Revolution 1956, Berlin 2000.

des sowjetischen Sozialismusmodells diskutiert, so mit den späteren Initiatoren der Reformdebatten Walter Janka, Gustav Just und Wolfgang Harich.¹¹ Weitere Themenkreise waren die Kollektivierung der Landwirtschaft, das Rechtssystem und die innerparteiliche Demokratie.

Doch im Unterschied zu Polen und Ungarn, wo die Stalin-Kritik fast alle Gesellschaftsschichten erfasste und die Notwendigkeit grundlegender Reformen unter Arbeitern und Intellektuellen offen diskutiert wurde, blieb die intellektuelle Debatte in der DDR ein vergleichsweise internes und isoliertes Phänomen und konzentrierte sich im Wesentlichen auf den Abbau der bürokratisch-autoritären Züge der Machtausübung durch die SED. Ökonomen, Literaturhistoriker, Philosophen, Rechtswissenschaftler und Historiker, die bis dahin nicht durch oppositionelles Verhalten aufgefallen waren, artikulierten nun politische Bedenken an der Politik der SED-Führung. Die Arbeiter indes nahmen von diesen Debatten kaum Notiz. Die Erinnerungen an den Juni 1953 wirkten nach. Die Arbeiter hatten damals die Erfahrung machen müssen, dass der Versuch einer gewaltsamen Veränderung des politischen Systems unter den bestehenden Machtverhältnissen und im Hinblick auf die Anwesenheit sowjetischer Truppen keine Aussicht auf Erfolg hatte. Desillusionierung und Verbitterung führten nicht selten zur Suche nach unpolitischen Nischen bzw. zur Abwanderung in den Westen.¹²

Im Zeichen der im Sommer 1956 aufbrechenden Diskussionsbereitschaft unter den Intellektuellen prangerte der Chemiker Robert Havemann, zu jener Zeit Ordentlicher Professor an der Berliner Humboldt-Universität, den „Dogmatismus“ in der herrschenden Politik der DDR an. Er setzte sich für Meinungsstreit in den Gesellschaftswissenschaften ein und konzentrierte seine Kritik insbesondere auf die von der SED zur allein gültigen Weltanschauung erklärte marxis-

¹¹ Vgl. Walter Janka, Spuren eines Lebens, Berlin 1991, S. 256 ff.

¹² Vgl. Stefan Wolle, „Lage stabil, vereinzelte Vorkommnisse“. Die Stimmung der DDR-Bevölkerung nach dem Volksaufstand am 17. Juni 1953 und nach dem Mauerbau am 13. August 1961, in: Torsten Diedrich/Ilko-Sascha Kowalczyk (Hrsg.), Staatsgründung auf Raten?, Berlin 2005, S. 225–252.

tisch-leninistische Philosophie. In einem Artikel des „Sonntag“ vom 28. Oktober 1956, der den bezeichnenden Titel „Rückantworten an die Hauptverwaltung ‚Ewige Wahrheiten‘“ trug, wünschte er sich eine Philosophie, die nicht „ewige Wahrheiten“ verkünde, sondern „eine unbürokratische, eine lebendige, eine ewig junge, wandelbare und bildsame Philosophie“.¹³

Im internen Zirkel von Wissenschaftlern der Humboldt-Universität dachte Havemann auch laut über Meinungsfreiheit im Allgemeinen nach. Während einer Parteigruppenversammlung am 24. Oktober 1956 forderte er dazu auf, „den Kampf für die freie Meinungsäußerung“ unbeirrt weiterzuführen. Darüber hinaus sah er in einer politischen Liberalisierung den einzigen Weg, die angestauten gesellschaftlichen Konflikte zu entschärfen. „Was lehren die Ereignisse in Polen und Ungarn? Die Volksmassen drängen nach Demokratisierung. Wenn die Partei diesen Prozess zu bremsen versucht, gerät sie in den Nachtrab und wird von den Massen getrieben. Aber über diese Bremser wird die Geschichte hinweggehen. Damit wir nicht in eine solche Lage geraten, muss man alle Kanäle öffnen. Wenn wir sie nicht öffnen, wird es zum Stau kommen und dann wird man möglicherweise wieder sagen, das waren Agenten, wie man am 17. Juni gesagt hat.“¹⁴

Reformdebatten wurden an nahezu allen Universitäten und Hochschulen der DDR sowie unter Künstlern, in Redaktionsstuben und in Verlagen geführt. Im Mittelpunkt standen die Notwendigkeit einer Wirtschaftsreform und die Entbürokratisierung des Staates, die die Frage nach der Legitimationsbasis der Parteiherrschaft sowie das herrschende Staats- und Parteiverständnis berührte. An den Universitäten formierten sich Anfänge einer oppositionellen Studentenbewegung –

¹³ Abgedruckt in: Robert Havemann, Warum ich Stalinist war und Antistalinist wurde. Texte eines Unbequemem, hrsg. v. Dieter Hoffmann/Hubert Laitko, Berlin 1990, S. 149–156; Robert Havemann, Rückantworten an die Hauptverwaltung „Ewige Wahrheiten“. 17 Aufsätze, Reden und Interviews aus den Jahren 1953 bis 1970, hrsg. v. Hartmut Jäckel, Berlin 1990.

¹⁴ Information über die Versammlung der Parteigruppe der Wissenschaftler am Chemischen Institut am 24. 10. 1956, in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, DY 30/IV 904/432.

insbesondere an den naturwissenschaftlichen und medizinischen Fakultäten. Die Studentengruppen diskutierten nicht nur über die nötigen Korrekturen in der Hochschulpolitik der SED, sondern forderten politische Diskussionen über die bestehenden Machtverhältnisse und das von der SED beanspruchte Machtmonopol. Darüber hinaus kam es zu politisch motivierten Massenprotesten von Studenten in Dresden im Mai und in Berlin im November 1956.¹⁵

Die in wirtschaftspolitischer Hinsicht weitreichendste Kritik in diesem Diskurs vom Sommer/Herbst 1956 stammte von den Politökonominnen Fritz Behrens, stellvertretender Vorsitzender der Staatlichen Plankommission, und Arne Benary, beide ab 1957 im Institut für Wirtschaftswissenschaften an der Deutschen Akademie der Wissenschaften (DAW) tätig. In wissenschaftlichen Aufsätzen setzten sie sich mit der bürokratisch-zentralistischen Reglementierung der Produktion durch den Staat in der DDR auseinander.¹⁶ Im weiteren Umfeld dieser Debatten kam eine kalkulierte Zurücknahme der politischen Steuerung zur Sprache.

Die Wirtschaftsfachleute hatten erkannt, dass der staatliche Dirigismus, wie er in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre praktiziert worden war, zur permanenten Handlungsüberlastung der Politik führen musste. In diesem Kontext trat der Ökonom Gunther Kohlmeier, Direktor des Instituts für Wirtschaftswissenschaften der DAW, für ein gewisses Maß an ökonomischer „Selbstregulierung“ ein. Anknüpfend an Diskussionen um das Wertgesetz in Polen und Jugoslawien wurde vorgeschlagen, die administrative Leitung der Volkswirtschaft durch eine ökonomische Steuerung zu ersetzen, die Wertformen und -kategorien wie Preis, Geld, Investitionsfonds und Kredit bewusst nutzt. Tatsächlich kam es vor dem Hintergrund dieser Diskussionen über die Defekte im wirtschaftlichen Planungssystem in den Jahren 1956 und 1957 unter der Losung „Vereinfachung der Planung“ zu einer Dezentralisierung

¹⁵ Vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk, Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, Berlin 2003, S. 479 ff.

¹⁶ Einige Arbeiten von Behrens und Benary wurden zusammen mit Stellungnahmen von Kritikern publiziert in: Wirtschaftswissenschaft, Sonderheft (3), Berlin 1957.

rung wirtschaftspolitischer Entscheidungsbe-
fugnisse bei der Planaufstellung.¹⁷

In eine ähnliche Richtung wiesen die Auffas-
sungen des Direktors des Instituts für Agrar-
ökonomie an der Akademie der Landwirt-
schaftswissenschaften, Kurt Vieweg, der den
staatlichen Zwang bei der Gründung der Land-
wirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften
(LPG) kritisierte. Er sprach sich für die Auflö-
sung unrentabel arbeitender Genossenschaften
und den Erhalt bäuerlicher Familienbetriebe
aus. Unter dem Eindruck der Misserfolge in
der Landwirtschaft sowie des durch den XX.
Parteitag der KPdSU ausgelösten politischen
Taufwettens forderte er eine weit reichende Re-
privatisierung des landwirtschaftlich genutzten
Bodens. Seine Alternative zur Landwirtschafts-
politik der SED wurde später als „konterrevo-
lutionäre Konzeption“ bewertet.¹⁸ Derartige
Debatten spiegelten in erster Linie die Unzu-
friedenheit über den hohen Grad der Zentra-
lisierung und die geringe Effektivität der
Wirtschaft wider und zielten auf eine Verbin-
dung von zentraler Planung und Marktme-
chanismen innerhalb des Systems. An eine
Korrektur der dominierenden Auffassungen
über die politischen und ökonomischen
Grundlagen der als sozialistisch interpretier-
ten Gesellschaft war dagegen nicht gedacht.¹⁹

Um Wolfgang Harich, Chefredakteur der
„Deutschen Zeitschrift für Philosophie“, for-
mierte sich ein Kreis von Philosophen, Öko-
nomen und Journalisten, die an einem alter-
nativen politischen Programm arbeiteten.²⁰
Zu diesem Kreis gehörten auch Walter Janka,
Manfred Hertwig, Bernhard Steinberger,
Heinz Zöger, Gustav Just sowie Richard
Wolf.²¹ Die Überlegungen dieser Gruppe
fasste Harich im November 1956 in einem

¹⁷ Zu Handlungsspielräumen und Rationalitäts-
kriterien der Planungsfachleute vgl. Theo Pirker/
M. Rainer Lepsius/Rainer Weinert/Hans-Hermann
Hertle (Hrsg.), *Der Plan als Befehl und Fiktion*, Op-
laden 1995, S. 351 ff.

¹⁸ Vgl. Michael F. Scholz, *Bauernopfer der deutschen
Frage. Der Kommunist Kurt Vieweg im Dschungel der
Geheimdienste*, Berlin 1997.

¹⁹ Vgl. André Steiner, *Von Plan zu Plan. Eine Wirt-
schaftsgeschichte der DDR*, Stuttgart 2004.

²⁰ Vgl. Siegfried Prokop (Hrsg.), *Ich bin zu früh ge-
boren. Auf den Spuren Wolfgang Harichs*, Berlin 1997.

²¹ Vgl. Walter Janka, *Schwierigkeiten mit der Wahr-
heit*, Berlin 1990; Gustav Just, *Zeuge in eigener Sache.
Die fünfziger Jahre in der DDR. Mit einem Vorwort
von Christoph Hein*, Frankfurt/M. 1990.

Programmpapier zusammen. Der Text stellte
zwar das Machtmonopol der SED-Führung,
nicht jedoch das der Gesamtpartei in Frage
und zielte auf eine Modifizierung der Funkti-
on der SED innerhalb der Gesellschaft. In
Anlehnung an Anton Ackermans Erwägun-
gen aus dem Jahre 1946 forderte Harich einen
„besonderen deutschen Weg zum Sozialis-
mus“, der an „umfassende Reformen“ und
eine „sozialistische Demokratisierung“ der
DDR gekoppelt wurde.²²

Charakteristisch für die Debatten der
Schriftsteller, Künstler, Ökonomen, Philoso-
phen und auch der Historiker war der Ver-
such, Interpretationsspielräume und Frei-
räume für unorthodoxe Erklärungen zu
schaffen. Dies schien ihnen einen Weg aus der
ideologischen Umklammerung durch die
SED-Kultur- und Wissenschaftspolitik zu
weisen, deren Ausmaß seit Anfang der fünfzi-
ger Jahre dramatisch zugenommen hatte.

Die Bestrafung der Kritiker

Bereits um die Jahreswende 1956/57 deutete
sich das Ende des intellektuellen „Taufwet-
ters“ an. Mit dem Verweis auf die „konterre-
volutionären“ Ereignisse in Polen und Un-
garn eröffnete die Parteiführung den Angriff
auf jene Intellektuellen, die die Aufforderung
zum Meinungsstreit ernst genommen und
größere Diskussionsfreiräume gefordert hat-
ten. Die politische Führung initiierte im Ver-
lauf des Jahres 1957 auf breiter Front eine
Kampagne gegen den „Revisionismus“. In
den Reihen der SED-Führungskader kur-
sierte das Argument, dass sich in Ungarn ge-
zeigt habe, auf welche Weise sich die Debat-
tierzirkel der Budapester Intellektuellen – die
Petöfi-Clubs – sowie die Anfänge einer hoch-
schulpolitischen Opposition zum Ausgangs-
punkt für „staatsgefährdende Aktionen“ ent-
wickelt hätten. So gerieten alle, die seit dem
XX. Parteitag der KPdSU mit kritischen Bei-
trägen publizistisch hervorgetreten waren, in
den Sog der Revisionismuskampagne.

Wiederum trat die politische Strafjustiz als
Herrschaftsinstrument in Erscheinung.²³ Am

²² Das Dokument ist abgedruckt in: Wolfgang Harich,
Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit, Berlin 1993,
S. 112–160.

²³ Vgl. Falco Werkentin, *Politische Strafjustiz in der
Ära Ulbricht*, Berlin 1995.

27. November 1956 beschloss das Politbüro, Wolfgang Harich und andere Angehörige seines Diskussionskreises verhaften zu lassen. Am 6. Dezember erging der Haftbefehl gegen den Leiter des Aufbau-Verlages Walter Janka. Auf seiner Sitzung am 18. Dezember bezeichnete das Politbüro die Tätigkeit der Gruppe als „Staatsverrat“ und gab entsprechende Anweisungen an den Generalstaatsanwalt. Anfang März 1957 erfolgte schließlich die Verhaftung der Redakteure des „Sonntag“ Heinz Zöger und Gustav Just sowie des Rundfunkjournalisten Richard Wolf. Alle Angeklagten wurden zu langjährigen Haftstrafen verurteilt.

Die im März und Juli 1957 abgehaltenen Prozesse vor dem Obersten Gericht der DDR bildeten den Auftakt zu einer Serie von Partei- und Gerichtsverfahren gegen jene, die seit dem Sommer 1956 für Veränderungen in Partei und Gesellschaft eingetreten waren. Der erneute Rückgriff auf die schon am Anfang der fünfziger Jahre angewandten Verschwörungstheorien ließ sich zur Disziplinierung von der SED nahestehenden Intellektuellen nutzen, die der von Ulbricht ursprünglich selbst verbreiteten Aufforderung zum Meinungsstreit gefolgt waren. Jedweder gesellschaftskritische Ansatz wurde als „Staatsverrat“ kriminalisiert. Aus der Sicht des Politbüros als Auftraggeber der politischen Verurteilungen hatte sich der „moderne Revisionismus“, wie der kritische Ansatz der Parteintellektuellen offiziell hieß, als „Wegbereiter der Konterrevolution“ im Herbst 1956 erwiesen. Mit der seit Jahresbeginn 1957 einsetzenden Revisionismuskampagne, die sich insbesondere in der Kultur- und Hochschulpolitik verheerend auswirkte, endeten die mit dem XX. Parteitag der KPdSU verbundenen Hoffnungen auf eine Entstalinisierung der DDR und der SED.

In den Sog der Abrechnung gerieten nahezu alle Vertreter unorthodoxer Anschauungen. In direkter Folge der Revisionismuskampagne wurde auch Ernst Bloch, der politisch loyale, wenn auch theoretisch eigenständige Leipziger Philosoph mit dem Revisionismusvorwurf belegt.¹²⁴ Er gehörte zu den wenigen

¹²⁴ Vgl. Michael Franzke (Hrsg.), *Die ideologische Offensive. Ernst Bloch, die SED und Universität*, Leipzig 1992.

bedeutenden DDR-Marxisten, die nicht Parteimitglied waren. Bloch hatte sich stets dagegen gewehrt, den Marxismus im Sinne einer endgültigen Lehre zum Zweck der Staatserhaltung uneingeschränkt zu befürworten.¹²⁵ So war er sich sicher, dass der Student Marx in der DDR von der Hochschule relegiert worden wäre. Sein Hauptwerk „Das Prinzip Hoffnung“ hatte die politische Opposition ermutigt. In Anbetracht der in der Kulturbund-Zeitung „Sonntag“ von den Bloch-Schülern – etwa Gerhard Zwerenz und Günther Zehm – geführten Debatte stellte sich für die Parteiführung unausweichlich die Frage, wie weit ideologische Toleranz gehen konnte, ohne die Machtposition der SED zu gefährden. Generell tangierten die Reformdebatten unmittelbar das von der SED beanspruchte Wahrheitsmonopol. Blochs Philosophie wurde schließlich als „nichtmarxistische, antiwissenschaftliche, mystisch-idealistische, irrationalistische Weltlehre“ verurteilt.¹²⁶ Im Zuge der Revisionismuskampagne wurde er im März 1957 zwangseremittiert – ein Ereignis, das ihn im August 1961 zum Weggang in die Bundesrepublik bewog.

Die meisten Protagonisten der Reformdebatten nahmen unter dem Eindruck der offenen Drohungen der Partei- und Staatsführung ihre Kritik zurück. Der Vorwurf, sich als „kleinbürgerlicher, individualistischer Intellektueller“ zu verhalten, traf insbesondere jene, die 1956 als Sprecher der Liberalisierungsdebatten in Erscheinung getreten waren. Havemann und andere kritische Wissenschaftler bekannten auf der III. Hochschulkonferenz im Frühjahr 1958 in eingeübtem stalinistischem Ritual von Kritik und Selbstkritik, mit der Frontstellung gegen Personenkult und Dogmatismus sowie ihrem Plädoyer für den öffentlichen und freien Meinungsstreit das Wesen des XX. Parteitages missverstanden zu haben. Auch der Präsidialrat des Kulturbundes, der noch im Herbst 1956 die Reformkonzepte befürwortet hatte, sah sich im Dezember 1957 veranlasst, gegen die „konterrevolutionäre Tätigkeit“ Harichs

¹²⁵ Vgl. Guntolf Herzberg, *Philosophieren in der Diktatur. Ernst Blochs Vorträge und Aufsätze 1948–1958*, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung*, Berlin 1999, S. 143 ff.

¹²⁶ Vgl. Rugard Otto Gropp, *Ernst Blochs Hoffnungsphilosophie – eine antimarxistische Welterlösungslehre*, in: *Ernst Blochs Revision des Marxismus*, Berlin 1957, S. 40.

und Jankas Stellung zu nehmen. Kulturminister Becher, der im Oktober 1956 mit Janka und den Mitarbeitern des Aufbau-Verlages die Abschaffung der Zensur in der DDR diskutiert hatte, schrieb im September 1957 einen Ergebnisebrief an das ZK der SED. Darin warf er sich selbst vor, nicht erkannt zu haben, welche gefährlichen Tendenzen sich im Aufbau-Verlag anbahnten.¹²⁷ Eine ähnliche Haltung prägte die meisten Intellektuellen, die dem Vorwurf des Revisionismus ausgesetzt waren.

Auch Bloch distanzierte sich von Harich, Janka und Lukács sowie vom „menschlichen Sozialismus“ und äußerte sich zustimmend zum bewaffneten Eingreifen sowjetischer Truppen in Ungarn.¹²⁸ Manche wählten indes einen gänzlich anderen Weg. Blochs Assistent Jürgen Teller weigerte sich definitiv, eine öffentliche Abkehr von seinem Mentor zu proklamieren. Seine akademische Karriere war damit beendet. Bloch-Schüler wie Gerhard Zwerenz und Richard Lorenz gingen in den Westen, Blochs Assistent Günther Zehm wurde zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt.

Die Verschwörungstheorien waren geeignet, die Ulbricht-Kritiker innerhalb der SED-Führung endgültig auszuschalten. Nach dem Muster von 1953 wurden „Beweise“ für eine „Fraktionstätigkeit“ der Kritiker des Ulbricht-Kurses gesucht und nach einiger Zeit auch gefunden. Auf der 35. ZK-Tagung im Februar 1958 wurde behauptet, dass die Politbüromitglieder Karl Schirdewan und Fred Oelßner, der ZK-Sekretär für Wirtschaft Gerhard Ziller, der stellvertretende Ministerpräsident Fritz Selbmann, der Chef der Staatssicherheit Ernst Wollweber und die stellvertretende Vorsitzende der Staatlichen Plankommission Margarete Wittkowski, seit zwei Jahren als „Fraktion“ organisiert, planmäßig gegen die Führungsbeschlüsse gearbeitet hätten. Tatsächlich hatten die Genannten Reformbedarf in der DDR konstatiert und Kritik am Führungsstil Ulbrichts geübt. Die Unterstellung „fraktioneller Tätigkeit“ hatte in jedem Fall den Ausschluss der Betroffenen aus den Führungsgremien zur Folge. Schirdewan und Oelßner verloren ihre Parteiämter, Selbmann und Wittkowski wurden in ihrer

Staatsfunktion zurückgestuft, Wollweber ging in Pension. Ziller hatte sich bereits im Dezember 1957 das Leben genommen.

Ulbricht hatte mit der justiziellen und innerparteilichen Abstrafung seiner Kritiker seinen ungebrochenen Machtwillen demonstriert und die Unumkehrbarkeit der seit 1945 durchschrittenen gesellschaftspolitischen Entwicklung dokumentiert. Innerhalb des SED-Machtgefüges konnte er seine Position nun uneingeschränkt gegen innerparteiliche Widersacher behaupten.

Die Bedeutung der Reformdebatten

Die kurze Phase des „Taufwitters“ nach dem XX. Parteitag der KPdSU hatte Chancen eröffnet, auch in der DDR den Bruch mit dem Konzept des stalinistischen Sozialismus sowjetischer Prägung zumindest auf der theoretisch-abstrakten Ebene einzuleiten. Im Hinblick auf die Eigendynamik derartiger Prozesse hätten sich daraus möglicherweise praktische Reformschritte entwickelt. Die Gelegenheit wurde vertan, weil im Zentrum der Politik der SED-Führung der bedingungslose Machterhalt stand. Die Politbüromehrheit hatte mit polizeilichen und juristischen Instrumentarien zu verstehen gegeben, dass es in der DDR eine Vernachlässigung der „Machtfrage“ wie im Herbst 1956 in Ungarn nicht geben werde. Der Lernschock von 1953 wurde durch das Beispiel Ungarn bestätigt, als sich aufs Neue gezeigt hatte, dass selbst vorsichtige Kursänderungen die Herrschaftsverhältnisse ins Schlingern bringen konnten. Insofern ist es zutreffend, dass das Jahr 1956 im Hinblick auf die Gesellschaftspolitik in der DDR keinen großen Wandel brachte.¹²⁹

Die in den Jahren 1956 und 1957 vor allem von Intellektuellen im Umfeld der SED ausgehenden Reformdebatten können jedoch als Versuch gewertet werden, die seit 1945 etablierte Herrschaftspraxis zu modifizieren, das Gesellschaftssystem effizienter zu gestalten und die SED zu reformieren. Hinter den Reformansätzen stand keineswegs ein grundsätzlicher Veränderungswille in Staat und Gesellschaft oder etwa die Bereitschaft zur umfassenden Demokratisierung. Am weitge-

¹²⁷ Vgl. W. Mittenzwei (Anm. 6), S. 159.

¹²⁸ Vgl. ebd., S. 163.

¹²⁹ Vgl. Mary Fullbrook, „Entstalinisierung“ in der DDR. Die Bedeutung(slosigkeit) des Jahres 1956, in: Deutschland Archiv, 39 (2006) 1, S. 38.

hendsten waren Überlegungen zu einem „dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus, der den Allgemeinen Menschenrechten zur Anerkennung verhelfen sollte. Aber selbst die von SED-Mitgliedern artikulierten, eher systemstabilisierenden Vorstellungen erhielten in den fünfziger Jahren keine Wirkungsmacht. Für die Frage der inneren Stabilität der DDR bildete das Jahr 1956 demnach keine Zäsur.

Weitaus folgenreicher für die Stabilität des Herrschaftssystems in der DDR erwies sich jedoch die seit dem XX. Parteitag der KPdSU vertretene These, nach der sich die Überlegenheit des Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus in einer höheren wirtschaftlichen Produktivität niederschlagen werde. Die sowjetische Führungsspitze ging davon aus, dass sich durch einen Modernisierungsschub die kapitalistisch hoch entwickelten Gesellschaften ökonomisch, kulturell und politisch überflügeln ließen. Die Sowjetunion hatte mit der Ankündigung, die westlichen Industrieländer in der Produktion je Kopf der Bevölkerung in kürzester Frist einzuholen bzw. zu überholen, einen Wettbewerb der Systeme eröffnet. Die Ulbricht-Führung folgte seit 1956 bereitwillig diesem Ansatz und stellte den Systemwettbewerb in den Mittelpunkt ihrer Politik, ohne über die ausreichende sozialökonomische Basis für die Realisierung der hoch gesteckten Ziele zu verfügen. So entwickelte sich dieser Wettbewerb zum Totengräber des Systems.

Die vor diesem Hintergrund in den sechziger Jahren praktizierten Reformversuche in Wirtschaft und Wissenschaft scheiterten an den Unzulänglichkeiten der Reformansätze und vor allem am Beharrungsvermögen des ab 1945 etablierten bürokratischen Apparates. Dieses Scheitern hatte Folgen für die innere Stabilität des Herrschaftssystems in der DDR. In den siebziger und achtziger Jahren waren bedeutsame Reformen des Gesellschaftssystems in der DDR unter Vermeidung eines Systemwechsels chancenlos. Fortan konnten grundsätzliche Reformen nur noch gegen die Herrschaft der SED und gegen das System durchgesetzt werden.

Ulrich Pfeil

Die Suezkrise

Der Herbst 1956 war reich an einschneidenden politischen Ereignissen auf internationaler Ebene. Bundeskanzler Konrad Adenauer sprach in seiner Regierungserklärung vom 8. November zum einen von Entwicklungen, die Gegensätze überwinden halfen, um zu einem „gesunden Gleichgewicht“ zu gelangen. Zu ihnen zählte er insbesondere den Luxemburger Vertrag vom 27. Oktober 1956, in dem Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland die Rückgliederung des Saarlandes als Bundesland ab dem 1. Januar 1957 vereinbarten und damit einen „Zankapfel“ aus dem Weg räumten, der die bilateralen Beziehungen immer wieder belastet hatte. Zum anderen sah er Spannungen und Konflikte, die in Teilen der Welt „in willkürlicher und unverantwortlicher Weise“ die „Unordnung“ gefördert hätten. Explizit nannte er die Volksaufstände in Polen und Ungarn, die er wie den 17. Juni 1953 in der DDR als „elementare Kundgebungen des Freiheitswillens der unterdrückten Völker gegen eine unerbittliche, unmenschliche und auf ausländische Machtmittel gestützte Diktatur“ wertete.

Zurückhaltender war sein Urteil zu den Ereignissen während der Suezkrise, in die nicht nur die Verbündeten Frankreich und Großbritannien involviert waren, sondern zugleich auch Israel und Ägypten.¹ Das besondere Verhältnis der Bundesrepublik zum jüdischen Staat erschwerte eine offene Verurteilung, doch konnte es sich der Kanzler nicht leisten, einseitig Partei für die westlichen Partner zu ergreifen, gehörte Ägypten doch zu den füh-

Ulrich Pfeil

Dr. phil., geb. 1966; Professor für Deutschlandstudien an der Universität Saint-Étienne; Gastwissenschaftler am Deutschen Historischen Institut Paris. Université Jean Monnet, Facultés Arts Lettres Langues, 33, rue du 11 Novembre, 42023 Saint-Étienne, Frankreich. ulrich.pfeil@wanadoo.fr

¹ Erklärung der Bundesregierung zur weltpolitischen Entwicklung, abgegeben von Bundeskanzler Adenauer, 8. 11. 1956, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, III. Reihe/Bd. 2 (1.1. bis 31. 12. 1956), 2. Halbband, Bonn-Berlin 1963, S. 873 ff.

renden blockfreien Nationen, um die beide deutsche Staaten warben.

Die Suezkrise von 1956 hat Jost Dülffer als „Initiative zu einer für die westliche Staatenwelt nach dem Zweiten Weltkrieg einzigartigen Verschwörung zum Krieg“ bezeichnet.¹² Die Unverhältnismäßigkeit der eingesetzten machtpolitischen Mittel spricht dafür, dass es sich bei der Militäraktion nicht alleine um den Versuch handelte, die Kontrolle über den Suezkanal zurückzugewinnen, nachdem der ägyptische Präsident Gamal Abdel Nasser diesen nationalisiert hatte.¹³ Um den multiplen Dimensionen der Krise auf die Spur zu kommen, soll in einem ersten Schritt erklärt werden, welchen Verlauf die Krise nahm und wie es schließlich zu einem französisch-britischen Fiasko auf diplomatischer Ebene kam, um dieses Ereignis im Anschluss im Rahmen der Dekolonisation, des Ost-West-Konflikts und der deutsch-französischen Beziehungen¹⁴ zu verorten.

Die strategische Bedeutung des Suezkanals

Die große strategische Bedeutung einer künstlichen Wasserstraße zwischen dem Mittelmeer und dem Roten Meer hatte bereits der französische Diplomat und Ingenieur Ferdinand de Lesseps im 19. Jahrhundert entdeckt, ersparte er der Seefahrt doch auf dem Weg von Europa nach Asien die Umschiffung des Kaps der Guten Hoffnung an der Südspitze Afrikas. Unter der Leitung der französischen Suez-Kanal-Gesellschaft wurde der Bau des 163 Kilometer langen Kanals in Angriff genommen. Der künstliche Wasserweg wurde am 16. November 1869 für die Schifffahrt freigegeben.¹⁵ Nach seiner Inbetriebnah-

¹² Vgl. Jost Dülffer, *Atomkriegsgefahr 1956? – Die Suez- und Ungarn-Krise*, in: ders., *Im Zeichen der Gewalt. Frieden und Krieg im 19. und 20. Jahrhundert*, Köln 2003, S. 219–237, hier: S. 223.

¹³ Vgl. David Carlton, *Britain and the Suez Crisis*, London 1981; William R. Louis/Roger Owen (Hrsg.), *Suez 1956. The Crisis and its Consequences*, Oxford 1992; Maurice Vaisse (Hrsg.), *La France et l'opération de Suez de 1956*, Paris 1997; Winfried Heinemann/Nobert Wiggershaus (Hrsg.), *Das internationale Krisenjahr 1956*, München 1999.

¹⁴ Vgl. einleitend Corine Defrance/Ulrich Pfeil (Hrsg.), *Der Elysée-Vertrag und die deutsch-französischen Beziehungen 1945–1963–2003*, München 2005.

¹⁵ Vgl. Peter Fischer, *125 Jahre Suezkanal*, Berlin 1994.

me wurde er von der Compagnie Universelle du Canal Maritime de Suez betrieben, die im Abkommen von 1888 eine Konzession auf 99 Jahre erhielt. An dieser Gesellschaft war Ägypten durch seinen Vize-König Muhammad Said in großem Umfang beteiligt worden, doch sein Nachfolger Ismail Pascha musste die Anteile aufgrund der hohen Staatsverschuldung an die Briten verkaufen, sodass Ägypten praktisch zum britischen Protektorat wurde. Auch nach der Rückgewinnung der Eigenständigkeit blieb die Gesellschaft von Franzosen und Briten dominiert und somit zugleich der Kanal mit einem breiten Uferstreifen komplett in ausländischer Hand. Seine strategische Rolle war durch die wachsende Bedeutung des Erdöls auf der arabischen Halbinsel nach dem Zweiten Weltkrieg weiter gestiegen.

Anfang der fünfziger Jahre begannen Diskussionen um seine Zukunft nach Ablauf der Konzession. Die Gesellschaft strebte nach einer nicht-ägyptischen Lösung, hielt sie das Land doch für unfähig, ein solches Geschäft in eigener Regie zu führen. Hinter dieser spätimperialistischen Haltung verbarg sich die Sorge, weiter an Einfluss in der Welt zu verlieren. Immer deutlicher hatte sich nach 1945 abgezeichnet, dass Großbritannien nicht über ausreichend Ressourcen verfügte, um das Empire zu konsolidieren.¹⁶ Vor dem Hintergrund der nationalistischen Bewegungen in der „Dritten Welt“ kam Ägypten wachsende Bedeutung zu, verfügten die Briten in der Suezkanalzone doch über einen Militärstandort infolge eines 1936 ausgehandelten Vertrages.

Als die ägyptische Regierung unter König Faruk am 23. Juli 1952 durch einen Putsch von Offizieren abgelöst wurde, verschlechterte sich das Verhältnis zwischen Ägypten und Großbritannien weiter. Nachdem die bisherige Führung kooperative Beziehungen mit den europäischen Mächten unterhalten hatte, verfolgte die neue Regierung einen eher nationalistischen, panarabischen und antiisraelischen Kurs, mit dem sie sich dem Ostblock annäherte. Dieser Richtungswechsel verschärfte zum einen die regionalen Konflikte im Nahen Osten, sah sich Israel doch nicht

¹⁶ Vgl. John Darwin, *Diplomacy and Decolonization*, in: *Journal of Imperial and Commonwealth History*, 28 (2000) 2, S. 5–24.

zuletzt durch einen von Nasser unterzeichneten Waffenlieferungsvertrag mit der Tschechoslowakei herausgefordert, der im Westen wiederum als Beginn der kommunistischen Unterwanderung Ägyptens interpretiert wurde. Ferner drohte ein Konflikt mit Großbritannien und Frankreich, die an der Kontrolle über den Suezkanal festhielten und Nassers Forderung nach einer nationalen Lösung für die Wasserstraße ablehnten, was Georges-Henri Soutou nicht alleine mit wirtschaftlichen und strategischen Interessen erklärt: „Neben den ökonomischen Interessen war der Kanal ein Symbol für die franko-britische Präsenz im Nahen Osten und für das ganze imperiale Zeitalter.“¹⁷ Die Spannungen konnten vorläufig durch das Suez-Abkommen vom 19. Oktober 1954 beigelegt werden, in dem sich Großbritannien verpflichtete, innerhalb von 20 Monaten die eigenen Streitkräfte aus der Suezkanalzone abzuziehen. Ägypten garantierte im Gegenzug, die Militärstandorte zu erhalten und den Briten im Kriegsfall zur Verfügung zu stellen; gleichzeitig erkannte es das internationale Statut der Zone an. Im Juni 1956 waren die britischen Truppen abgezogen. Alles schien auf eine friedliche Lösung hinzudeuten.

Der Weg in die Krise

Überraschend verkündete Nasser am 26. Juli 1956 die Verstaatlichung des Suezkanals, um so den Bau eines Staudamms bei Assuan zu finanzieren, nachdem die Amerikaner ihr Kreditangebot zurückgezogen hatten. Mit seiner Entscheidung hatte er internationales Recht gebrochen, denn sie stellte das in den Statuten der Internationalen Kanal-Gesellschaft verankerte freie Durchfahrtsrecht in Frage. Obwohl er Garantien für die freie Fahrt durch den Kanal abgab und sich bereit erklärte, die Anteilseigner an der Gesellschaft zu entschädigen, an der Frankreich die Mehrheit hielt und britische Banken bzw. Unternehmen zu 45 Prozent beteiligt waren,¹⁸ beschwor er mit seiner Rede eine schwere Krise herauf.¹⁹

¹⁷ Georges-Henri Soutou, *La Guerre de Cinquante Ans. Les relations Est-Ouest 1943–1990*, Paris 2001, S. 337.

¹⁸ Vgl. Alfred Grosser, *Affaires extérieures. La politique de la France 1944/1984*, Paris 1984, S. 135.

¹⁹ Vgl. Dietrich Rauschning, *Der Streit um den Suezkanal*, Hamburg 1956; Herbert von Broch (Hrsg.), *Die großen Krisen der Nachkriegszeit*, München 1994.

Die Kolonialmächte sahen sich herausgefordert, umso mehr, als Frankreich seit 1954 gegen die algerische Unabhängigkeitsbewegung Krieg führte und sich gezwungen gesehen hatte, nach Marokko auch Tunesien unter der Führung von Habib Bourguiba in die Unabhängigkeit zu entlassen. Zwar billigten die USA auf drei internationalen Konferenzen die Nationalisierung des Kanals, doch weder Großbritannien noch Frankreich waren bereit, sich damit abzufinden. Zudem spitzte sich der arabisch-israelische Konflikt erneut zu, denn zum einen hatte Nasser, Symbolfigur des neuen arabischen Nationalismus, seit seinem Machtantritt nie einen Hehl aus seiner Feindschaft gegen Israel gemacht,¹⁰ zum anderen war das Land durch die Blockade der Straße von Tiran am Ausgang des Golfes von Akaba zum Roten Meer und der Sperrung des Suezkanals für israelische und nach Israel fahrende Schiffe von den asiatischen und afrikanischen Handelspartnern abgeschnitten. Hinzu kamen vermehrte Terrorattacken durch Palästinenser, die von Ägypten aus agierten. Die israelische Regierung hoffte, mit einer Besetzung des Sinai die Sicherheit des jüdischen Staates entscheidend zu verbessern.

Auch die französische Politik zielte nun auf Krieg. Paris unterstützte Nasser, die algerische Unabhängigkeitsbewegung zu unterstützen. Anders als in Frankreich war die öffentliche Meinung in Großbritannien einem solchen Abenteuer jedoch nicht gewogen. Premierminister Anthony Eden wollte als Gegner der Appeasement-Politik Chamberlains in der Zwischenkriegszeit seine Landsleute durch die Erinnerung an die Münchener Konferenz von 1938 umstimmen und verglich Nasser mit Hitler und Mussolini. Während Nasser heute als charismatischer Führer erscheint, „der durch außenpolitische Erfolge sein armes Land zum Fortschritt westlicher Prägung führen wollte“,¹¹ blieb das politische Denken von Eden ganz auf „München“ fixiert.¹²

Am Geheimplan zu einer Militäraktion waren zunächst nur Frankreich und Großbri-

¹⁰ Vgl. Gamal Abdel Nasser, *Egypt's Liberation*, Washington 1955.

¹¹ J. Dülffer (Anm. 2), S. 221.

¹² Vgl. Tony Shaw, *Eden, Suez and the mass media*, London–New York 1996.

tannien beteiligt.¹³ Bei ersten Überlegungen im Juli 1956 gingen beide von einer gemeinsamen Operation gegen Ägypten aus, doch der Plan mündete in die Absicht, die bewaffnete Auseinandersetzung als *pacification* des Konflikts zwischen Israel und Ägypten zu verkaufen. Zu diesem Zweck kam es zu einem Geheimgespräch zwischen Frankreich, Großbritannien und Israel vom 22. bis 24. Oktober in Sèvres bei Paris, bei dem Guy Mollet, Christian Pineau, David Ben-Gurion, Schimon Peres, Mosche Dajan und Selwyn Lloyd ein machiavellistisches Szenario entwarfen:¹⁴ Die ägyptisch-jordanischen Kriegsvorbereitungen sollten Israel den Vorwand für einen Angriff gegen Ägypten liefern, auf den Paris und London mit einem Ultimatum an die kriegführenden Parteien reagieren wollten, in dem der Rückzug der Truppen aus der Kanalzone gefordert werden sollte. Die vorherzusehende Weigerung Kairo, sich diesem Ultimatum zu beugen, sollte der Vorwand für die französischen und britischen Militärs sein, den Kanal zu „befreien“, Nasser zu stürzen und eine britisch-französische Streitmacht am Kanal um Port Said zu stationieren. Frankreich und Großbritannien erklärten sich zugleich zu Waffenlieferungen an Israel bereit; Paris sagte außerdem den Schutz des israelischen Luftraums und der Küste zu und wollte mit seinem Veto im UN-Sicherheitsrat eine gegen Israel gerichtete Resolution verhindern.

Von den Geheimplanungen war sowohl auf französischer als auch auf britischer Seite nur ein enger Kreis unterrichtet. Ebenso wenig wurde der amerikanische Präsident Dwight D. Eisenhower in Kenntnis gesetzt, der sich in der heißen Phase des Präsidentschaftswahlkampfes befand. Briten und Franzosen wussten um dessen ablehnende Haltung, denn Eisenhower wollte seine Wiederwahl nicht durch einen Krieg gefährden und keine neuen Spannungen mit Moskau heraufbeschwören. Doch während Briten und Franzosen die Bedeutung des Kanals für Europa in den Vordergrund ihrer Überlegungen stellten,¹⁵ dominierte im amerikanischen politischen Den-

ken die Ost-West-Auseinandersetzung. Die CIA war in der Entourage von Nasser gut vertreten, und auch die Eisenhower-Administration unterhielt enge Kontakte zu Nasser und wollte ihn nicht in die Arme der Sowjets treiben.¹⁶ Diese wechselseitigen Fehlperzeptionen und Kommunikationsprobleme innerhalb des westlichen Lagers deuteten auf ein gestörtes Vertrauensverhältnis in den transatlantischen Beziehungen hin, die sich während der Ereignisse am Suezkanal zu einer handfesten Krise ausweiteten.¹⁷

Auf dem Höhepunkt der Krise

Die „Operation Musketier“ begann am 29. Oktober 1956 mit dem Einmarsch israelischer Truppen in den Gazastreifen und auf die Sinai-Halbinsel. Rasch stießen die Israelis zum Kanal vor. Großbritannien und Frankreich forderten den Rückzug beider Seiten und drohten mit einer Intervention, um das Gebiet als Pufferzone zu besetzen und einen Waffenstillstand zu erzwingen. Nach Plan verlief auch die Ablehnung des Ultimatus durch Nasser, der sich bei dieser Entscheidung auf die Unterstützung seines Volkes stützen konnte, das die Verstaatlichung des Kanals bejubelt hatte. Daraufhin begannen Großbritannien und Frankreich am 31. Oktober mit der Bombardierung der Kanalzone und ägyptischer Flughäfen. Am 5. November landeten Fallschirmeinheiten am Flughafen Gamil. Einheiten der Royal Marines landeten am folgenden Tag an der ägyptischen Küste. Port Said wurde durch Brände fast vollständig zerstört. Briten und Franzosen waren dem militärischen Sieg nahe, doch hatten sie nicht mit dem Widerstand Eisenhowers gerechnet, der sich außenpolitisch trotz des Wahlkampfes handlungsfähiger zeigte als vermutet. Er warf Briten und Franzosen vor, durch ihre eigenmächtige Aktion einen Propagandafeldzug gegen das sowjetische Vorgehen in Ungarn verhindert zu haben.

Am 2. November, vier Tage vor der Präsidentschaftswahl, legten die USA dem UN-Sicherheitsrat eine Entschließung vor, die die sofortige Einstellung der Kampfhandlungen verlangte. In den folgenden Tagen geriet die britische Währung an der New Yorker Börse

¹³ Vgl. Jean-Yves Bernard, *La genèse de l'expédition franco-britannique de 1956 en Égypte*, Paris 2003.

¹⁴ Vgl. Stanislas Jeannesson, *La guerre froide*, Paris 2002, S. 52.

¹⁵ Vgl. Anthony Eden, *Mémoires*, Bd. 3: 1945–1957, Paris 1960, S. 598.

¹⁶ Vgl. Henry Laurens, *Le Grand Jeu. Orient arabe et rivalités internationales*, Paris 1991.

¹⁷ Vgl. A. Grosser (Anm. 8), S. 136

in gefährliche Kursschwankungen, und Washington erhöhte den Druck auf Premierminister Eden. Dieser hatte nicht nur ignoriert, dass Großbritannien als Folge des Zweiten Weltkriegs von den USA finanziell abhängig war, sondern auch die amerikanische Haltung zur Entkolonialisierung falsch eingeschätzt. Die Amerikaner waren im Kontext der Rivalität mit der Sowjetunion an guten Beziehungen zu den Staaten der „Dritten Welt“ interessiert, und außerdem standen Wirtschaftsinteressen auf dem Spiel. Das sich abzeichnende Fiasko ruinierte Edens Ruf, sodass er Ende 1956 von Harold Macmillan zum Rücktritt gedrängt wurde.

Unterschätzt hatten Briten und Franzosen auch die Rolle der Sowjetunion, die nach dem Ende der Unruhen in Polen nun gegen die ungarische Revolution vorging. Das hinderte sie nicht daran, am 6. November, zwei Tage nach dem Einmarsch sowjetischer Panzertruppen in Budapest, ein Ultimatum an Paris und London zu richten, in dem sie für den Fall, dass die Kämpfe am Suezkanal nicht eingestellt würden, „mit der Gefahr schrecklicher Verwüstungen“ drohte.¹⁸ Die französisch-britische Intervention kam den Sowjets nicht ungelegen, konnte sie mit ihrem Ultimatum doch von ihrem eigenen Vorgehen in Ungarn ablenken. Schließlich mussten sich Frankreich, Großbritannien und Israel dem Druck durch die USA, die UdSSR und die UNO beugen. Am 6. November wurde das Feuer eingestellt. Am 3. Dezember erklärten sie sich bereit, ihre Truppen vom Kriegsschauplatz abzuziehen, die in der Folge von „Blauhelmen“ der UNO ersetzt wurden. Der Rückzug der Truppen erfolgte bis zum 22. Dezember.

Die Folgen waren weitreichend. Die Durchfahrt des Kanals blieb infolge der von Ägypten versenkten Schiffe noch bis 1957 versperrt. Die USA und die Sowjetunion nahmen im Nahen Osten den Platz der ehemaligen Kolonialmächte ein. Eisenhower sagte jenen Ländern finanzielle und materielle Unterstützung zu, die sich gegen das sozialistische Gesellschaftsmodell entschieden. Moskau unterzeichnete ein Abkommen mit Nasser, in dem es finanzielle Unterstützung für den Bau des Assuanstaudamms zusagte. Mit

¹⁸ Vgl. Ernst Weisenfeld, *Geschichte Frankreichs seit 1945*, München 1997³, S. 117.

dieser Übereinkunft avancierte Ägypten für mehr als 20 Jahre zum sowjetischen Hauptverbündeten in der arabischen Welt.

Für Großbritannien und Frankreich endete das militärische Engagement am Suezkanal mit einer diplomatischen Demütigung. Beiden Ländern war schmerzhaft vor Augen geführt worden, dass sie keine Weltmächte mehr waren.¹⁹ Großbritannien stellte 1957 seine Atomstreitkraft unter amerikanische Kontrolle. Frankreich hingegen forcierte den Aufbau einer unabhängigen nuklearen „Force de frappe“. Diese Entscheidung erklärt sich zum einen mit dem französischen Selbstverständnis nach 1945, das eigene politische Handlungsfeld nicht alleine auf die westliche Hemisphäre beschränken zu wollen, zum anderen mit der schwierigen Situation der Armee, die nach dem zwei Jahre zuvor erfolgten Rückzug aus Indochina und infolge des sich hinziehenden „schmutzigen Krieges“ in Algerien dringend eines Erfolges bedurfte. Die aus Algerien abgezogenen Kräfte hatten kehrtmachen müssen, bevor sie in Suez zum Einsatz kommen konnten.²⁰ Nachdem bereits Indochina und Algerien den Franzosen den wachsenden Widerstand der Staaten der „Dritten Welt“ gegen die Kolonialmächte demonstriert hatten, verdeutlichte der Ausgang der Militäraktion am Suezkanal, dass sich Frankreichs Rolle als Kolonialmacht ihrem Ende näherte. Die Suezkrise beendete in diesem Sinne das 19. Jahrhundert.

Was waren die französischen Motive, das Suez-Abenteuer zu wagen? Die Regierung unter Guy Mollet war fest davon überzeugt gewesen, dass die Aufstände in Algerien unmittelbar von Ägypten gesteuert wurden, sodass einem Triumph über Nasser der Sieg über die algerische Unabhängigkeitsbewegung folgen würde. Zudem war das „München-Syndrom“ virulent. Am 5. September 1956 hatte Mollet im Parteivorstand der französischen Sozialisten davor gewarnt, einem Diktator freie Hand zu lassen: „Natürlich ist Nasser nicht Hitler, aber er wendet seine Methoden an. Wir dürfen ihm daher keinen ers-

¹⁹ Vgl. Marc Ferro, *Suez, Naissance d'un tiers-monde*, Brüssel 1982.

²⁰ Vgl. Yves Bénot, *La décolonisation de l'Afrique française (1943–1962)*, in: Marc Ferro (Hrsg.), *Le livre noir du colonialisme. XVIe–XXIe siècle: de l'extermination à la repentance*, Paris 2003, S. 689–741, hier: S. 722.

ten Erfolg erlauben, denn dieser könnte bei ihm neue Machtgelüste auslösen.“ Kurz nach dem Beginn der Militärintervention erklärte er öffentlich: „Unsere Väter (. . .) haben uns als Vermächtnis die Lehre mitgegeben, dass es mehr wert ist, zu sterben, als die Knechtschaft und die Demütigung zu akzeptieren.“¹²¹ Noch 1970 wies Mollet in einem Interview auf den Zusammenhang zwischen „München“ und „Suez“ hin, den sein britischer Kollege Anthony Eden genauso gesehen habe wie er: „Wir Sozialisten haben 1938 zu sehr gelitten, weil wir nicht eingeschritten sind, sodass wir es nicht ein zweites Mal zulassen konnten, eine kleine Demokratie zerfällt zu sehen (. . .). Wir konnten es nicht billigen, dass hier ein Abenteurer, dieser Hitler auf kleinem Fuß, weiter heranreift, denn das war zu riskant.“¹²²

Beide Kolonialmächte hatten sich in die Defensive manövriert. Aus dieser gedachte Charles de Gaulle mit einer auf nationale Unabhängigkeit ausgerichteten Außenpolitik nach 1958 („Vom Atlantik bis zum Ural“) herauszukommen, die ihn auf Distanz zu den USA brachte. Wer den französischen Antiamerikanismus der V. Republik und die von Frankreich zu verantwortenden Auflockerungserscheinungen im westlichen Bündnis während der sechziger Jahre verstehen will, wird die Ursprünge auch in der Suezkrise zu suchen haben.

Kalter Krieg und europäische Integration

Die USA und die Sowjetunion waren seit Beginn des Kalten Krieges darum bemüht gewesen, den eigenen Einflussbereich zu konsolidieren.¹²³ Während es Washington nicht zuletzt infolge seiner wirtschaftlichen Macht gelang, seine Integrationspolitik mit der Aussicht auf Prosperität im Westen konsensfähig zu machen, musste Moskau aufgrund der mangelnden Legitimation der Volksdemokratien immer wieder zur Gewalt greifen. Volksaufstände wie in der DDR am 17. Juni 1953 bedrohten nicht nur die Autorität der sowje-

tischen Besatzungsmacht, sondern gefährdeten das Kräftegleichgewicht zwischen Ost und West.

Angesichts des nuklearen Waffenpotenzials und der sich daraus ergebenden atomaren Gefahr für den Erdball nahm in Moskau wie in Washington die Einsicht zu, sich um den Abbau der Spannungen zu bemühen. Zwar konnten bei den Gipfelgesprächen und der Außenministerkonferenz in Genf im Oktober und November 1955 keine Abrüstungsvereinbarungen erzielt werden, doch die Beteuerungen zur Kooperationsbereitschaft ließen Beobachter vom „Geist von Genf“ sprechen.¹²⁴ Ausdruck dieses Geistes war nicht zuletzt die von Chruschtschow auf dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 verkündete „friedliche Koexistenz unterschiedlicher Gesellschaftssysteme“, die zwar nicht den Sieg des Sozialismus aus den Augen verlor, diesen jedoch auf friedlichem Wege erringen wollte: „Entweder friedliche Koexistenz oder der zerstörerische Krieg in der Geschichte – einen dritten Weg gibt es nicht.“¹²⁵

Dieser Wille zur Entspannung erklärt, warum die Amerikaner auf die ungarische Revolution am 23. Oktober zurückhaltend reagierten und sich selbst nach deren blutiger Niederschlagung durch die sowjetischen Truppen auf Protestresolutionen der UN-Vollversammlung beschränkten. Ähnliche Motive sind auch hinter dem amerikanischen Druck auf Großbritannien und Frankreich zu entdecken. Als diese am Kanal eingriffen, war es konsequent, dass die USA über UN-Voten sowie währungs- und handelspolitische Sanktionen einen Waffenstillstand durchsetzen konnten. Die amerikanischen Pressionen auf die Verbündeten fanden im Kreml Unterstützung, der Briten und Franzosen zumindest indirekt mit dem Einsatz von Nuklearwaffen drohte, wenn sie die Kampfhandlungen gegen Ägypten nicht einstellten. Dabei spielte es eine untergeordnete Rolle, dass die sowjetischen Atomwaffen für einen solchen Schlag gar nicht einsatzbereit waren. Das Pokerspiel funktionierte und bestärkte Chruschtschow in der Überzeugung, auch in Zukunft mit nuklearem Bluff internationale Politik machen zu können. Die Suezkrise stellt in diesem

¹²¹ Zitate nach Jacques Bariéty, *Le mythe de Munich, la France et l'„Affaire de Suez“*, 1956, in: Fritz Taubert (Hrsg.), *Mythos München*, München 2002, S. 237–253.

¹²² Jean Lacouture, *Nasser*, Paris 1971, S. 154.

¹²³ Vgl. zum Überblick Bernd Stöver, *Der Kalte Krieg*, München 2003; Rolf Steininger, *Der Kalte Krieg*, Frankfurt/M. 2003; Jost Dülffer, *Europa im Ost-West-Konflikt 1945–1990*, München 2004.

¹²⁴ Vgl. Wilfried Loth, *Helsinki*, 1. August 1975. *Entspannung und Abrüstung*, München 1998, S. 55.

¹²⁵ Zit. nach ebd., S. 51.

Sinne einen elementaren Bestandteil in der Vorgeschichte der Berlin- und Kubakrise dar.¹²⁶ Für den Moment hatten die beiden europäischen Kolonialmächte keine andere Wahl, als sich zurückzuziehen: Sie hatten die Erfahrung machen müssen, „wie eng inzwischen die Grenzen (...) im Kräftespiel zwischen Ost und West gezogen waren“.¹²⁷

Während die französische Regierung am 6. November über das Ultimatum beriet, traf Bundeskanzler Konrad Adenauer in Paris ein. Die Reise war bereits im September vereinbart worden, doch gab es in Bonn Stimmen, die dem Kanzler angesichts der Suezkrise nahe legten, den Termin für das Zusammentreffen mit Guy Mollet zu verschieben. Auch das Auswärtige Amt riet dem Bundeskanzler ab und plädierte für einen neutralen Kurs, um das „bislang so erfolgreiche Navigieren zwischen den Klippen von westlichem Mißtrauen in die Zuverlässigkeit des neuen Deutschlands und der Flucht der arabischen Welt in die nur zu aufnahmebereiten Arme der DDR“¹²⁸ fortsetzen zu können. Adenauer begegnete den Amerikanern mit kritischer Distanz, unterstellte er ihnen doch mit Blick auf die deutsche Frage, sich mit dem Kreml über die Aufteilung der Welt in zwei exklusive Einflussphären geeinigt zu haben. Er setzte auf die europäische Karte und nutzte die Suezkrise, um gemeinsam mit Frankreich die europäische Integration zu vertiefen.

Die französische Öffentlichkeit hatte es dem Bundeskanzler hoch angerechnet, dass er der in die diplomatische Defensive geratenen französischen Regierung seine demonstrative Solidarität erklärt und sich als Alliiertes gezeigt hatte. Mollet wie Adenauer zeigten sich in ihren Gesprächen erschüttert über die „Ohnmacht Europas“ und gelobten, „die Einigung der Sechser-Gemeinschaft *dans un esprit de totale confiance* voranzubringen“.¹²⁹

¹²⁶ Vgl. Wladislaw Subok/Konstantin Pleschakow, *Der Kreml im Kalten Krieg*, Hildesheim 1997, S. 270 ff.

¹²⁷ Stefan Martens, *Frankreich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs*, in: Ernst Hinrichs (Hrsg.), *Kleine Geschichte Frankreichs*, Stuttgart 2006, S. 433.

¹²⁸ Rolf Pfeiffer, *Ein erfolgreiches Kapitel bundesdeutscher Außenpolitik: Die Adenauer-Regierung und die Suez-Krise von 1956*, in: *Historische Mitteilungen*, 13 (2000), S. 213–232, hier: S. 225.

¹²⁹ Ulrich Lappenküper, *Diplomatische Faktoren: Die deutsch-französische Annäherung im europäischen und transatlantischen Zusammenhang 1950–1958*, in:

Zudem beflügelten die Sperrung des Suezkanals und die sich erschwerenden Öltransporte nach Europa die Politiker in Westeuropa, die Entwicklung neuer Energiequellen zu fördern. Diese neuen Initiativen mündeten in die Unterzeichnung der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) am 25. März 1957.¹³⁰

Noch spektakulärer erscheint die hinter dem Rücken der Briten und der Amerikaner vollzogene Einigung zwischen Frankreich, der Bundesrepublik und Italien, ein gemeinsames europäisches Atomwaffenpotenzial aufzubauen, das nicht nur als Druckmittel gegen die USA gedacht war, sondern für viele Politiker in den drei Ländern auch einen Selbstzweck besaß.¹³¹ Das deutete zugleich auf den Willen Adenauers, einen „Finger an den Abzug“ der Atombombe zu bekommen.¹³² Noch eindeutiger stellt sich die Situation beim Gemeinsamen Markt dar, konnten sich Mollet und Adenauer doch auf einen Fahrplan einigen.¹³³ Die Suezkrise bedeutet daher nicht nur eine wichtige Etappe auf dem Weg der deutsch-französischen Annäherung,¹³⁴ sondern zugleich für die Integrationsbestrebungen in Westeuropa bzw. die Unterzeichnung der Römischen Verträge am 27. März 1957.¹³⁵

Hélène Miard-Delacroix/Rainer Hudemann (Hrsg.), *Wandel und Integration. Deutsch-französische Annäherungen der fünfziger Jahre*, München 2005, S. 69–86, hier: S. 84; vgl. ausführlicher ders., *Die deutsch-französischen Beziehungen 1949–1963. Von der „Erbfeindschaft“ zur „Entente élémentaire“*, München 2001, S. 914 ff.

¹³⁰ Vgl. Marie-Thérèse Bitsch, *Histoire de la construction européenne*, Brüssel 1999, S. 114.

¹³¹ Vgl. R. Pfeiffer (Anm. 28), S. 231.

¹³² Vgl. Georges-Henri Soutou, *L’alliance incertaine. Les rapports politico-stratégiques franco-allemands, 1954–1996*, Paris 1996, S. 55 ff.

¹³³ Vgl. Gerhard Brunn, *Die Europäische Einigung von 1945 bis heute*, Stuttgart 2002, S. 113 f.

¹³⁴ Vgl. Jean-Paul Cahn/Klaus-Jürgen Müller, *La République fédérale d’Allemagne et la guerre d’Algérie (1954–1962)*, Paris 2003, S. 86 ff.

¹³⁵ Wichtige Absprachen zwischen der Bundesrepublik und Frankreich für die Römischen Verträge waren bereits bei den Verhandlungen in La Celle-Saint-Cloud im Oktober 1954 erfolgt; vgl. Guido Thiemeyer, *Vom „Pool Vert“ zur Europäischen Gemeinschaft. Europäische Integration, Kalter Krieg und die Anfänge der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik 1950–1957*, München 1999, S. 127 ff.

APuZ

Nächste Ausgabe

19/2006 · 8. Mai 2006

Fußballweltmeisterschaft

Bernd Müllender

Ein Land sieht rund

Dietrich Schulze-Marmeling

Die Geschichte der FIFA-Fußballweltmeisterschaft

Hans-Georg Ehrhart

Fußball und Völkerverständigung

Hans Joachim Teichler

Fußball in der DDR

Nils Havemann

Fußball unterm Hakenkreuz

Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn.



Redaktion

Dr. Katharina Belwe
Dr. Hans-Georg Golz
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Dr. Ludwig Watzal
Sabine Klingelhöfer
Andreas Kötzing (Volontär)
Telefon: (0 18 88) 5 15-0
oder (02 28) 36 91-0

Internet

www.bpb.de/publikationen/apuz
E-Mail: apuz@bpb.de

Druck

Frankfurter Societäts-
Druckerei GmbH,
60268 Frankfurt am Main

Vertrieb und Leserservice

Die Vertriebsabteilung der
Wochenzeitung **Das Parlament**
Frankenallee 71–81,
60327 Frankfurt am Main,
Telefon (0 69) 75 01-42 53,
Telefax (0 69) 75 01-45 02,
E-Mail: parlament@fsd.de,
nimmt entgegen:

- Nachforderungen der Zeitschrift
Aus Politik und Zeitgeschichte
- Abonnementsbestellungen der
Wochenzeitung einschließlich
APuZ zum Preis von Euro 19,15
halbjährlich, Jahresvorzugspreis
Euro 34,90 einschließlich
Mehrwertsteuer; Kündigung
drei Wochen vor Ablauf
des Berechnungszeitraumes;

Die Veröffentlichungen
in **Aus Politik und Zeitgeschichte**
stellen keine Meinungsäußerung
des Herausgebers dar; sie dienen
lediglich der Unterrichtung und
Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke dürfen
Kopien in Klassensatzstärke herge-
stellt werden.

ISSN 0479-611 X

Krisenjahr 1956

APuZ 17–18/2006

Wolfgang Leonhard

3–5 Die bedeutsamste Rede des Kommunismus

Chruschtschows Geheimrede war die bedeutsamste Rede in der Geschichte des Kommunismus. Sie hat innerhalb der Marxisten, der langjährigen Kommunisten und Ex-Kommunisten total entgegengesetzte Reaktionen ausgelöst.

Ralph Giordano

5–7 Die Internationale der Einäugigen

Im Februar 1956 erfuhren wir, was Chruschtschow auf dem XX. Parteitag der KPdSU gesagt hatte. Die Rede traf uns wie ein Schlag mit dem Vorschlaghammer, trotz der Distanzierung von der Partei, die wir bereits vollzogen hatten.

Mark Kramer

8–16 Entstalinisierung und die Krisen im Ostblock

Die richtungweisende Entscheidung Chruschtschows, eine offizielle Kampagne zur Entstalinisierung zu führen, hatte Aufstände und Unruhen im gesamten Ostblock zur Folge. Die Folgen der „Geheimrede“ hätten das kommunistische Machtgefüge im Herbst 1956 beinahe zum Einsturz gebracht.

János Tischler

16–24 Warschau–Budapest 1956

In Polen und Ungarn kam es im Herbst 1956 zu bedeutenden politischen Veränderungen. Der Unterschied zwischen beiden Ländern bestand darin, dass diese Prozesse in Budapest in einen bewaffneten Aufstand mündeten. Polen unterstützte die revolutionäre Regierung von Imre Nagy.

Andreas Malycha

25–32 Reformdebatten in der DDR

Die kurze Phase des „Tauwetters“ nach dem XX. Parteitag der KPdSU hatte Chancen eröffnet, auch in der DDR den Bruch mit dem Konzept des stalinistischen Sozialismus einzuleiten. Die Gelegenheit wurde vertan, weil im Zentrum der Politik der SED-Führung der bedingungslose Machterhalt stand.

Ulrich Pfeil

32–38 Die Suezkrise

Im Schatten der Revolution in Ungarn wagten Frankreich und Großbritannien ein spätkolonialistisches Abenteuer am Suezkanal. Beide machten die Erfahrung, wie eng die Spielräume im Ost-West-Konflikt geworden waren.